



Jahresbericht 2017



BUNDESPOLIZEI

Inhaltsverzeichnis

- 4 Grußwort des Bundesinnenministers
- 6 Vorwort des Präsidenten des Bundespolizei-
präsidiums

8 Aufgaben der Bundespolizei

- 10 Die Bundespolizei auf einen Blick
- 12 Verwendungen
- 13 Spezialverwendungen
- 14 Spezialeinheit
- 16 Bundesbereitschaftspolizei
- 17 Fußball
- 18 Die Bundespolizei in Zahlen
- 20 Organigramm
- 22 Dimensionen
- 24 Illegale Migration
- 26 Rückführung
- 27 Auskunftsstelle VISA
- 28 Auslandsverwendung
- 34 Fahndung
- 36 EasyPASS
- 37 Computer Emergency Response Team
- 38 Deliktsbereiche
- 39 Bußgeldstelle

- 40 Kriminaltechnik
- 42 Prävention

44 Jahresrückblick 2017

54 Personal und Ausstattung

- 56 Personal der Bundespolizei
- 58 Durchschnittsalter
- 59 Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte
- 60 Haushalt
- 61 Planstellen
- 62 Laufbahn bei der Bundespolizei
- 64 Spitzensport
- 66 Führungs- und Einsatzmittel

70 Öffentlichkeitsarbeit

- 72 Nachwuchsgewinnung
- 73 Social Media
- 76 Orchester
- 78 Mitarbeiterzeitschrift

79 Register

79 Impressum

Vorbemerkung:

Aus Gründen der Übersichtlichkeit können geschlechtsneutrale Formulierungen oder Paarformeln nicht durchgängig eingesetzt werden. Dem Grundsatz der sprachlichen Gleichstellung von Mann und Frau in Form einer geschlechtsgerechten Amtssprache wird daher in diesem Jahresbericht insoweit Rechnung getragen, als eine männliche Formulierung automatisch die weibliche Form beinhaltet und beide Geschlechter ausdrücklich in gleicher Weise angesprochen sind.



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,
wir leben in einer Welt, in der die Krisen zugenommen haben. Gleichzeitig haben alte Bündnisse, die uns über Jahrzehnte ein Garant für Sicherheit und Frieden in Europa waren, Risse bekommen. Deutschland hat dabei das Glück, ein geordnetes, friedliches und stabiles Gemeinwesen zu sein.

Doch nicht nur die terroristischen Anschläge der vergangenen Jahre haben uns gezeigt, dass wir Sicherheit und Freiheit in unserem Land nicht als Selbstverständlichkeit betrachten dürfen. Auch der G20-Gipfel in Hamburg hat uns vor Augen geführt, dass die entfesselte Gewalt von kriminellen Chaoten unseren Staat an seine Grenzen führen kann. Wir mussten schmerzlich erleben, dass die Polizeikräfte von Bund und Ländern in Hamburg beispiellosen Gewaltexzessen ausgesetzt waren. Doch der Rechtsstaat hat sich wehrhaft und

letztlich erfolgreich gezeigt – dank des Mutes, der Einsatzbereitschaft und der professionellen Arbeit der Kolleginnen und Kollegen.

So hemmungslos die Gewalt der Vermummten und Chaoten war, so grenzenlos war die Welle der Solidarität der Bevölkerung mit der Polizei während und nach dem Einsatz. Unzählige Menschen haben sich bei den Polizistinnen und Polizisten, die sich in Hamburg der blinden Zerstörungswut entgegengestellt haben, bedankt. Das zeigt, dass im Bewusstsein der Gesellschaft die Bedeutung der Polizei als Garant für die Sicherheit fest verankert ist und ihre grenzenlose Einsatzbereitschaft wahrgenommen und gewürdigt wird.

Auch im Jahr 2017 haben die anhaltenden Migrationsströme, die Intensivierung der Rückführungen, die fortdauernde terroristi-

sche Bedrohung und zahlreiche zu schützende Großveranstaltungen die Bundespolizei wieder außerordentlich stark gefordert. Hinzu kam das zunehmende Engagement der Bundespolizei in internationalen Polizeimissionen und in Frontex-Einsätzen. Der Bedarf, Polizeikräfte in Krisenregionen zu entsenden, wird weiter steigen. Die Aufgabenwahrnehmung der Bundespolizei im Inland bleibt davon nicht unberührt.

Die enorme personelle Verstärkung bei der Bundespolizei als Reaktion auf die vielschichtigen und anhaltenden Herausforderungen ist daher ein wichtiger Schritt zur Lösung dieser Belastung und zur dauerhaften Gewährleistung der Sicherheit in unserem Land auch für die Zukunft.

Ergänzend zu dem personellen Aufwuchs wurden im Jahr 2017 auch strukturelle Änderungen bei der Bundespolizei vorge-

nommen. Hervorzuheben ist dabei die neu eingerichtete Bundespolizeidirektion 11, in der verschiedene Einheiten der Bundespolizei mit besonderen Fähigkeiten zusammengeführt wurden. Das hat die Krisen- und Reaktionsfähigkeit der Bundespolizei deutlich gesteigert.

Die in diesem Jahresbericht enthaltenen Daten und Fakten machen deutlich, dass die Bundespolizei eine robuste und zugleich moderne Polizei ist, die neue Wege geht und flexibel auf die aktuellen Herausforderungen im In- und Ausland reagiert.

Ihnen, verehrte Leserinnen und Leser, wünsche ich eine interessante Lektüre.

Horst Seehofer,
Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Vorwort

Sehr geehrte Neugierige,
schätzen Sie doch einmal, wie viele Bundespolizisten auf dem Cover dieses Jahresberichtes abgebildet sind ...

Es sind genau 1 750 Anwärter, die sich gemeinsam mit der Leitung des Aus- und Fortbildungszentrums Bamberg, den Seminarleitern und den Lehrgruppenleitern zum Gruppenfoto in einer unserer sieben Ausbildungsstätten zusammengefunden haben.

Das Foto steht sinnbildlich für 2017 – ein Jahr der Superlative für die Bundespolizei. Nicht nur in der Ausbildung!

Mit dem G20-Gipfel im Juli ging für uns der größte und bedeutendste Einsatz in der Geschichte der Bundespolizei einher. Und dies nicht nur am Einsatzort in Hamburg, sondern infolge der temporären Wiederein-

führung der Befugnisse zu Grenzkontrollen an allen Land-, Luft- und See-Binnengrenzen unseres Landes – im übrigen, ohne dass wir den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr oder die Freizügigkeit aufgehoben hätten.

Als Reaktion auf die anhaltende terroristische Bedrohungslage wurde im August die Bundespolizeidirektion 11 in Dienst gestellt. Sie bündelt zunächst die Spezialkräfte der Bundespolizei unter einem Dach: GSG 9, PSA (Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland), BSL (Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr), taktische Medizin, Flugdienst, digitale Forensik und Entscharferwesen. Das Kernziel dabei ist: die permanente Befähigung und Optimierung der gesamten Organisation sowie die dauerhafte Vorhaltung aller zur robusten polizeilichen Lagelosung erforderlichen Instrumente – in einer Hand, unter einer Führung, für

alle Bedarfsträger, egal ob im Bund, im Land oder im Ausland.

Wie umfangreich das Aufgabenportfolio der Bundespolizei zwischenzeitlich ist, verdeutlicht der Ihnen vorliegende Jahresbericht der Bundespolizei 2017, der erstmals in neuem „Outfit“ erscheint. Nicht nur ein Blättern bei uns lohnt sich ...

Dr. Dieter Romann,
Präsident des Bundespolizeipräsidiums





Aufgaben der Bundespolizei

Die Bundespolizei auf einen Blick

Die Bundespolizei ist in Deutschland ein fester Bestandteil der Sicherheitsarchitektur sowie der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Grundordnung im Land. Neben der klassischen Aufgabe des Grenzschutzes leisten die Mitarbeiter auch auf Bahnanlagen, in den deutschen Küstengewässern und auf den Flughäfen einen Beitrag für die Sicherheit der Bürger und Gäste in unserem Land. Auch der Schutz von Bundesorganen, Einsätze bei Großveranstaltungen und in internationalen Missionen sowie Strafverfolgungen und Ermittlungen prägen den Arbeitsalltag. Die Hubschrauber des Flugdienstes der Bundespolizei unterstützen aufgabenübergreifend.



Grenzschutz

Für die grenzpolizeiliche Gefahrenabwehr ist die Bundespolizei in einem 30 km breiten Gebiet entlang der rund 3831 km langen Landgrenzen zuständig. An den 888 km langen Seegrenzen in der Nord- und Ostsee ist ihr Zuständigkeitsbereich 50 km breit. Zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität überwacht, fahndet und ermittelt die Bundespolizei. Sie führt an vielen Flug- und Seehäfen grenzpolizeiliche Kontrollen durch sowie aufenthaltsbeendende Maßnahmen.



Luftsicherheit

Für die Sicherheit des Luftverkehrs ist die Bundespolizei auf 14 großen deutschen Flughäfen zuständig. Sie überwacht das Flughafengelände sowie – mit Ausnahme des Flughafens München – die Luftsicherheitskontrolle der Fluggäste und ihres Gepäcks. 2017 kontrollierte die Bundespolizei mit eigenen Mitarbeitern und Angehörigen privater Sicherheitsunternehmen rund 88 Millionen Fluggäste. Zusätzlich setzte die Bundespolizei zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der Sicherheit an Bord deutscher Luftfahrzeuge Flugsicherheitsbegleiter ein.



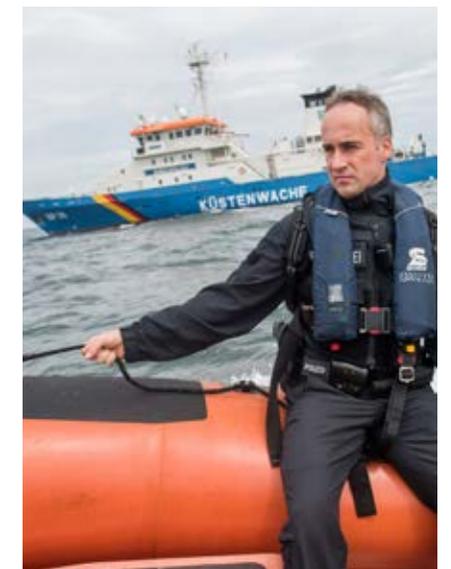
Bahnpolizei

Eine weitere Kernaufgabe ist die Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Bahnverkehr. Die Bahnanlagen der Eisenbahnen des Bundes umfassen knapp 5 700 Personenbahnhöfe und ein Netz von rund 33 500 Streckenkilometern. 2017 haben alleine 2,08 Mrd. Reisende der DB AG das Verkehrsmittel „Eisenbahn“ in Anspruch genommen. Der Schutz der Bahnanlagen als Bestandteil der Kritischen Infrastruktur ist ein Schwerpunkt staatlicher und unternehmerischer Sicherheitsvorsorge.



Maritime Komponente

In Nord- und Ostsee ist die Bundespolizei – als Teil der Küstenwache des Bundes – mit ihrer maritimen Komponente im Einsatz. Mit ihren Einsatzmitteln wehrt sie grenzpolizeiliche Gefahren an der deutschen Schengen-Außengrenze ab, kontrolliert den Seeverkehr, ermittelt bei Verstößen gegen Umweltbestimmungen und berät deutsche Reedereien bei der weltweiten Abwehr von Piratenangriffen.



Schutz von Bundesorganen

Die Bundespolizei schützt auf Ersuchen und im Einvernehmen mit den Ländern besonders gefährdete Verfassungsorgane und Ministerien des Bundes gegen Gefahren. Vornehmlich gilt es, Angriffe zu verhindern oder abzuwehren. Dafür setzt die Bundespolizei Personal und Technik ein, wie Videoüberwachungs- und Gepäckprüfanlagen oder Sicherheitsscanner.

Geschützt wurden 2017 das Bundespräsidialamt, einschließlich des Amtswohnsitzes des Bundespräsidenten und die Villa Hammerschmidt, das Bundeskanzleramt mit dem Gästehaus der Bundes-

regierung Schloss Meseberg, das Auswärtige Amt mit Gästehaus Villa Borsig, das Bundesministerium des Innern sowie der Justiz und für Verbraucherschutz und das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sowie die Zentrale der Deutschen Bundesbank in Frankfurt am Main.

Die Polizeivollzugsbeamten waren vor allem im offensiven Streifeneinsatz und am Einlass der Schutzobjekte präsent und gewährleisteten einen störungsfreien Ablauf von Veranstaltungen und hochrangigen Besuchen.



Verwendungen



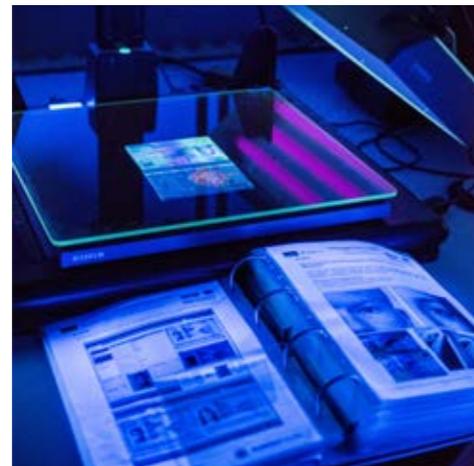
Bundesbereitschaftspolizei

Die Bundesbereitschaftspolizei ist die mobile Polizeikomponente des Bundes. Geschlossene Einheiten werden bundesweit jederzeit flexibel zur Verstärkung der regionalen Bundespolizeidirektionen eingesetzt, zur Unterstützung der Polizeien der Länder, des Bundeskriminalamtes und des Zolls sowie zur Bewältigung besonderer Gefahrenlagen. Die Bundesbereitschaftspolizei stellt ein geschlossenes Einsatzpotenzial zur Bewältigung von polizeilichen Groß- und Sonderlagen dar.



Kriminalitätsbekämpfung

Die Kriminalitätsbekämpfung ist durch eine spezifische Ermittlungskompetenz gekennzeichnet. Die prioritären Deliktsfelder Schleusungs- und Gewaltkriminalität, Eigentumskriminalität durch reisende Täter sowie Straftaten unter Nutzung des Tatmittels Internet, aber auch Polizeiliche Kriminalprävention und Gefahrenabwehr in Bezug auf Politisch motivierte Kriminalität gehören zur Kriminalitätsbekämpfung. Zur Bekämpfung der organisierten und schweren Kriminalität sowie zur qualifizierten Aufklärung und Fahndung werden neun Mobile Fahndungseinheiten (MFE) eingesetzt.



Fahndungspolizei

Die Bundespolizei ist auch eine Fahndungspolizei. 2017 erzielte sie 135 947 Personen- und 22 583 Sachfahndungserfolge, eine Steigerung zum Vorjahr um 18,7 Prozent. Der Anteil der vollstreckten Haftbefehle beläuft sich dabei auf 16 397, ein Plus gegenüber 2016 um 19,2 Prozent. Das Schengener Informationssystem mit seinen Ausschreibungen verhalf der Bundespolizei zu 24 050 Fahndungstreffern, im Vergleich zum Vorjahr ein Zuwachs von 20,1 Prozent. Damit erzielt die Bundespolizei einen Anteil von 48,1 Prozent am diesbezüglichen Gesamterfolg aller Bundes- und Landesbehörden.

Spezialverwendungen



Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland

Die drei Säulen der Dienststelle Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei (PSA BPOL) sind der Personenschutz für Botschafter in Krisengebieten, der Schutz von besonders gefährdeten Objekten sowie die Funktion des Sicherheitsberaters. Die Kollegen der PSA BPOL waren 2017 in etwa 80 Auslandsvertretungen weltweit präsent.



Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr

Um der dauerhaft hohen Gefährdung des Luftverkehrs zu begegnen, werden speziell ausgebildete Bundespolizisten der Einheit für Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr der Bundespolizei (BSL BPOL) an Bord von deutschen Luftfahrzeugen eingesetzt. Sie sollen die Sicherheit aufrechterhalten oder wiederherstellen sowie den Missbrauch eines Flugzeuges als Waffe verhindern. Sie sind dabei weltweit für die Sicherheit im Einsatz.



Einsatz- und Ermittlungsunterstützung

Täter hinterlassen oft digitale Spuren. Die Spezialkräfte der Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der Bundespolizei (EEU BPOL) unterstützen bei Einsätzen mit besonderen technischen Herausforderungen und tragen dazu bei, diese Spuren zu finden. Sie werten Kommunikationsdatensätze von Mobiltelefonen aus, orten Handys oder übernehmen die technische Überwachung von Objekten, Personen und Fahrzeugen. Häufig beinhalten die gewonnenen Informationen wichtige Erkenntnisse und sind Grundlage für weitere operative Maßnahmen.

Die Spezialisten setzen sich aus Informatik-Fachkräften und Bundespolizeibeamten zusammen. Sie werden zweimal im Jahr über ein Eignungsauswahlverfahren gewonnen und für die weitere Verwendung fortgebildet.



Spezialeinheit GSG 9 der Bundespolizei



9 Die GSG 9 BPOL ist die polizeiliche Spezialeinheit der Bundespolizei zur Bekämpfung von Terrorismus und schwerer Gewaltkriminalität. Insbesondere die nationale Bedrohungssituation durch den islamistischen Terrorismus bedeutet für die GSG 9 BPOL eine strategische Verlagerung ihrer Einsatz- und Trainingsschwerpunkte. In Zusammenarbeit mit internationalen Partnern gewinnt die GSG 9 BPOL wesentliche Erkenntnisse zur Bekämpfung aktueller Anschlagsszenarien.

Die Aufstellung einer vierten Einsatzinheit hat das Bundesministerium des Innern am 13. November 2017 mit einem Erlass angeordnet. Mit der mittelfristig geplanten Einsatzbereitschaft dieser Einheit am Standort Berlin verbessert die GSG 9 BPOL ihre Reaktionsfähigkeit in der Hauptstadt.



Unterstützungseinheit

Zu den Unterstützungseinheiten (UE) gehört die Operative Technik. Diese besteht aus Öffnungstechnik und Entschärfung sowie Aufklärung und Dokumentation. Die Beamten entwickeln und erproben neue Techniken und Taktiken und bilden die eigenen Kräfte in den Einsatzeinheiten aus und fort. Darüber hinaus beraten sie in hochkomplexen Einsatzlagen.

Außerdem ist die Operative Einsatzmedizin Teil der UE. Sie verstärkt die Einsatzeinheiten mit besonderen Fähigkeiten und gewährleistet die medizinische Notfallversorgung bei Einsätzen und Übungen.

Grundsätzlich rekrutiert sich das Team aufgrund des umfangreichen Erfahrungsschatzes der Einsatzbeamten aus den drei Einsatzeinheiten.



1. Einsatzinheit Präzisionsschützen

Sie sind die Meister der Tarnung. Präzisionsschützen klären Zielpersonen und Zielobjekte auf. Sie nehmen dafür getarnte Stellungen im Gelände und in Gebäuden ein. Oder sie bekämpfen Täter direkt, wenn dies die einzige Möglichkeit ist, eine gefährliche Situation zu bewältigen. Sie verfügen über verschiedenste Präzisionswaffen und spezielle Aufklärungsmittel, um auf die unterschiedlichsten Lagen vorbereitet zu sein und diesen angemessen begegnen zu können.

Präzisionsschützen werden intern oder in Zusammenarbeit mit anderen Spezialeinheiten im In- und Ausland ausgebildet. Für weitere Qualifikationen besuchen sie nationale und internationale Workshops.



2. Einsatzinheit Taucher und Bootsführer

Taucher nähern sich in maritimen Lagen lautlos und ungesehen ihrem Ziel, um den bestmöglichen Überraschungseffekt herbeizuführen. Sie sind mit speziellen Tauchgeräten ausgestattet und nicht von der Wasseroberfläche aus erkennbar.

Ihre speziellen Fähigkeiten erwerben die Beamten unter anderem in einem Tauchlehrgang der Bundespolizei und einem Ausbildungslehrgang für Kampfschwimmer bei der Bundeswehr. Übungswochen in der eigenen Einheit beinhalten Tauchen in Strömungsgewässern oder Austauchen aus einem U-Boot.

Die Bootsführer sind auf den Transport von Einsatzkräften mittels besonderer Einsatzboote spezialisiert, was sie in einer Fülle von Lehrgängen erlernen.



3. Einsatzinheit Fallschirmspringer

Diese Einheit beherrscht alle Facetten des taktischen Fallschirmspringens: einfache Sprünge, gezielte auf kleine Landeflächen, bei völliger Dunkelheit und Angleitverfahren mit Gepäck. Zur Ausstattung gehören Spezialfallschirme, die es dem Beamten erlauben, auf alle Anforderungen reagieren zu können.

Ausgebildet werden die Fallschirmspringer überwiegend bei der Bundeswehr sowie in vielen Workshops im In- und Ausland. Sie benötigen jahrelanges Training, um alle taktischen Variationen des Springens zu beherrschen.

Das taktische Fallschirmspringen und das taktische Tauchen sind in Deutschland unter polizeilichen Spezialeinheiten einzigartig und zeichnen die GSG 9 BPOL aus.

Bundesbereitschaftspolizei



Der Einsatz anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg war der größte Unterstützungseinsatz im Jahr 2017 für die Bundesbereitschaftspolizei. Es wurde dabei ungefähr die Hälfte aller Einsatzstunden für die Bundesländer (gesamt: 90 916 Stunden) geleistet.

Ansonsten lag der Schwerpunkt – wie in den vorherigen zwei Jahren – bei der Unterstützung der Grenzdienststellen. Die Zahl der Einsatzstunden in diesem Bereich ist nach wie vor um ein Vielfaches höher als vor der Migrationslage 2015/2016.

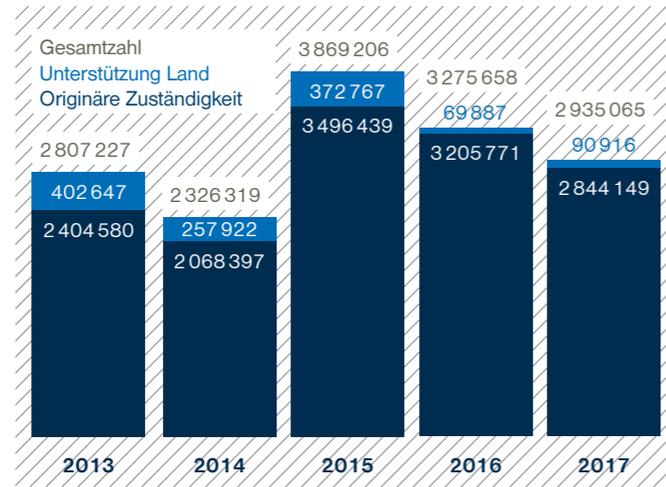
 **2 596 230 h**
Verstärkung
eigener Behörden

 **1 293 738 h**
Grenze

 **443 952 h**
Fußball

 **90 916 h**
Unterstützung
anderer Behörden


2 935 065
geleistete Einsatz-
stunden der Bundes-
bereitschaftspolizei



Fußball

Die Bundespolizei war in der Saison 2016/2017 insgesamt 1 642 Mal aus Anlass von Sportveranstaltungen im Einsatz. Dies entspricht etwa dem Niveau der Vorsaison. Den Schwerpunkt bildete wie in den Vorjahren die Überwachung des schienengebundenen Fußballfanreiseverkehrs. Analog zu den zurückliegenden Spielzeiten führten die konstant hohen Zuschauerzahlen in den Profiligen und die preislich attraktiven, mit entsprechenden Fahrausweisen kombinierten Tickets zu einem unverändert hohen Aufkommen bahnreisender Fußballanhänger. Die Bundespolizei setzte anlässlich des schienengebundenen und grenzüberschreitenden Fußballfanreiseverkehrs mit insgesamt 75 964 Polizeivollzugsbeamten wieder mehr Einsatzkräfte ein (+ 15 Prozent). Insbesondere die Bundesbereitschaftspolizei kam, nachdem in der Saison 2015/2016 die

Einsatzbelastung meist im Zusammenhang mit der Migrationslage stand, wieder häufiger zum Einsatz. Eine Entlastung des Einzeldienstes konnte in der aktuellen Spielzeit jedoch noch nicht erreicht werden.

Im Vergleich zur Saison 2015/2016 ist die Zahl der Straftaten leicht angestiegen (+ 5 Prozent). Diese Tendenz spiegelte sich ebenfalls in insgesamt 587 Gewaltdelikten wider (+ 5 Prozent) und zeigt, dass durch Fußballstörer begangene Straftaten fortwährend von einem hohen Gewaltpotenzial geprägt sind. Bei der Anzahl der verletzten Personen ist erneut ein Rückgang zu verzeichnen (- 6 Prozent). Tragischerweise ereignete sich erstmals seit 2014 wieder ein Todesfall im Zusammenhang mit dem Fußballfanreiseverkehr.



+1%
1 617  **1 642**
2015/2016 2016/2017

Einsatzanlässe

+4%
3,4 Mio.  **3,5 Mio.**
2015/2016 2016/2017

Bahnreisende Fußballanhänger

+15%
66 073  **75 964**
2015/2016 2016/2017

Eingesetzte Polizeivollzugsbeamte

+14%
444 763  **507 188**
2015/2016 2016/2017

Einsatzstunden

Die Bundespolizei in Zahlen



1

Bundespolizei-
präsidium



11

Bundespolizei-
direktionen



10

Bundespolizei-
abteilungen



82

Bundespolizei-
inspektionen



143

Bundespolizei-
reviere



1

GSG 9 der
Bundespolizei



1

Flugdienst der
Bundespolizei



1

Polizeiliche Schutz-
aufgaben Ausland
der Bundespolizei



1

Besondere Schutz-
aufgaben Luftverkehr
der Bundespolizei



1

Einsatz- und
Ermittlungs-
unterstützung
der Bundespolizei



1

Bundespolizei-
akademie



6

Bundespolizeiaus-
und -fortbildungs-
zentren



1

Bundespolizeiaus-
und -fortbildungs-
stätte



2

Bundespolizei-
sportschulen



1

Bundespolizei-
trainingszentrum
Kühroinhaus



1

Bundespolizei
See



8

Regionale Bereichs-
werkstätten



3

Bundespolizei-
orchester



1

Reiterstaffel



2

Diensthunde-
schulen



Die Standortkarte der Bundespolizei finden sie unter:
www.bundespolizei.de/standorte

Dimensionen

5 660

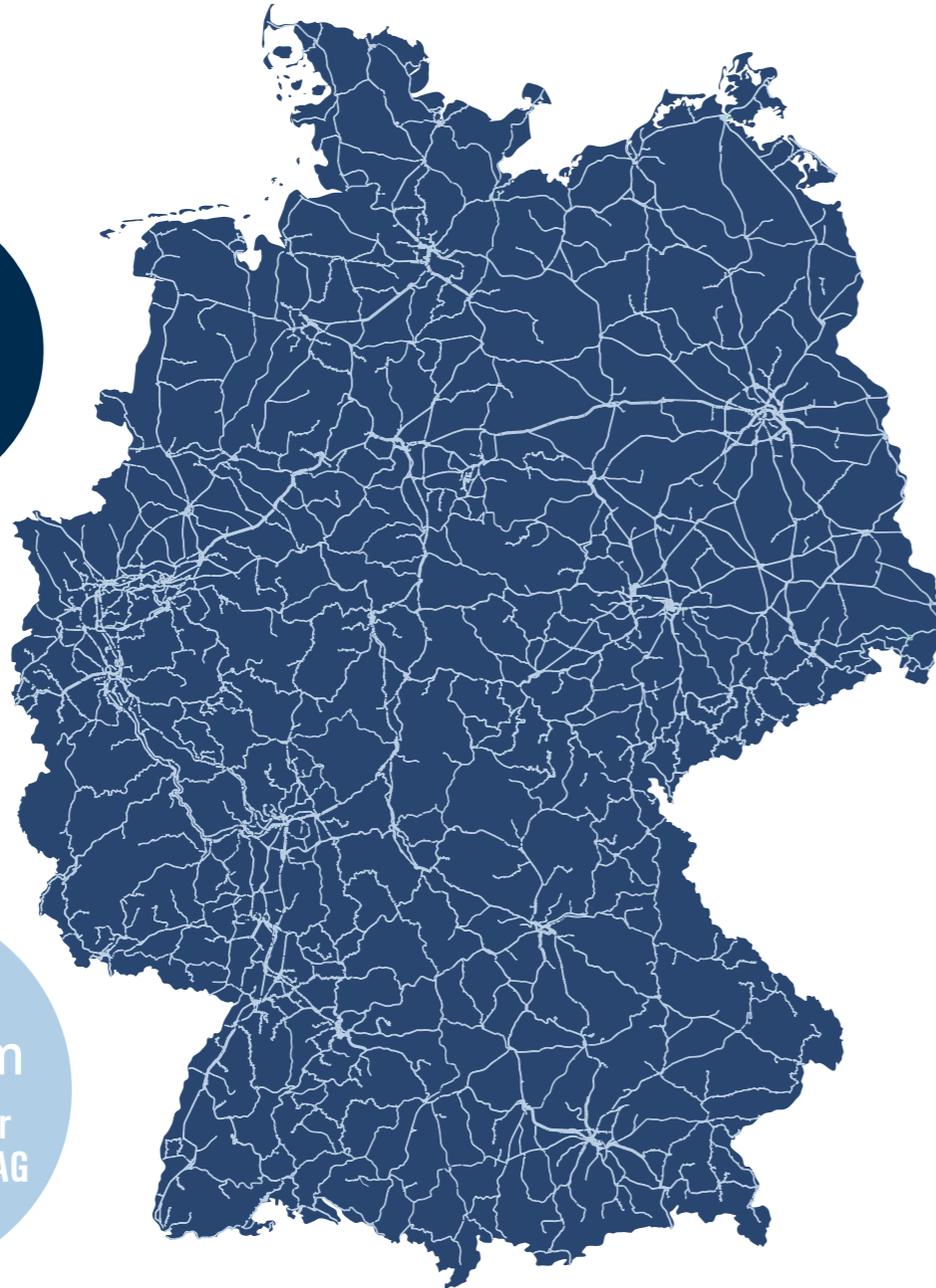
Bahnhöfe und
-haltepunkte

2,08 Mrd.

Bahnreisende
der Deutschen
Bahn AG

33 488 km

Streckennetz der
Deutschen Bahn AG



888 km

Seegrenze

3 831 km

Landgrenze

14

Verkehrs-
flughäfen

236 Mio.

Fluggäste an den
Verkehrsflughäfen



Illegale Migration

2017 ging die illegale Migration in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) und damit auch nach Deutschland gegenüber den Vorjahren zum Teil deutlich zurück.

Nach Angaben der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex wurden mehr als 204 000 unerlaubte Grenzübertritte an den Außengrenzen der EU/des Schengen-Raumes erfasst. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren, die insbesondere durch die sogenannte „Massenmigration“ geprägt waren, gingen die Feststellungszahlen zwar deutlich zurück (gegenüber 2015 um - 89 % und gegenüber 2016 um - 61 %), liegen aber weiter über dem Niveau von 2014.

Mit 50 154 festgestellten unerlaubt eingereisten Personen 2017 stellte sich die Entwicklung für Deutschland ähnlich dar. Die von der Bundespolizei und den mit der polizeilichen Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs beauftragten Behörden festgestellten und angezeigten unerlaubten Einreisen waren im Jahresverlauf kontinuierlich rückläufig und glichen sich summarisch wieder dem Niveau des Jahres 2014 an.

Bei mehr als einem Drittel der unerlaubten Einreisen handelte es sich um Versuche, die vor allem an der Grenze zu Österreich, im Non-Schengen-Flugverkehr sowie anlässlich des G20-Gipfels festgestellt wurden.

Ein knappes Drittel der unerlaubten Einreisen war ohne Migrationsrelevanz. Das waren meist Personen, die bei der Ausreise aus dem Schengengebiet festgestellt wurden oder welche die formalen Einreisevoraussetzungen nicht erfüllten, jedoch über einen ständigen Aufenthalt im Bundesgebiet verfügten (in der Regel nicht mitgeführte Grenzübertrittsdokumente).

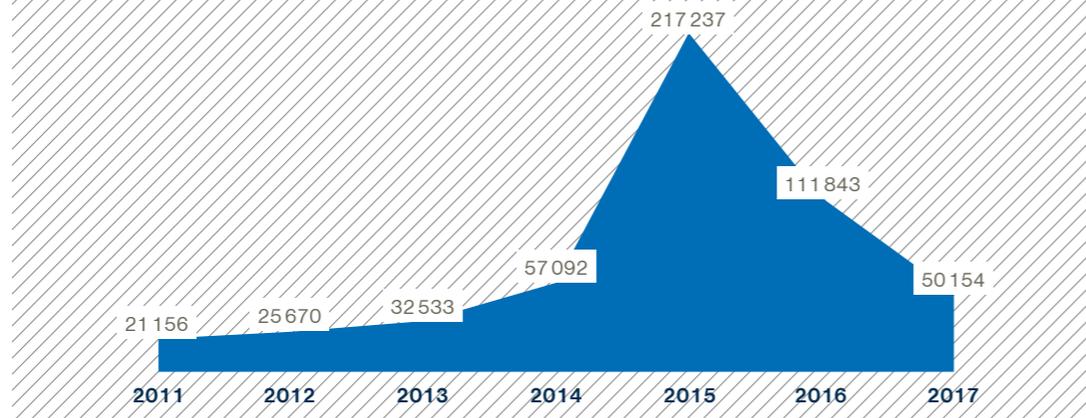
11 Prozent der Personen gelangten über eine Schengen-Außengrenze nach Deutschland (nahezu ausschließlich auf dem Luftweg), der weitaus größere Teil wurde bei (dem Versuch) der unerlaubten Einreise an den Schengen-Binnengrenzen Deutschlands festgestellt.

Im Zusammenhang mit unerlaubten Grenzübertritten wurden 2017 vor allem afghanische, syrische, nigerianische, irakische und türkische

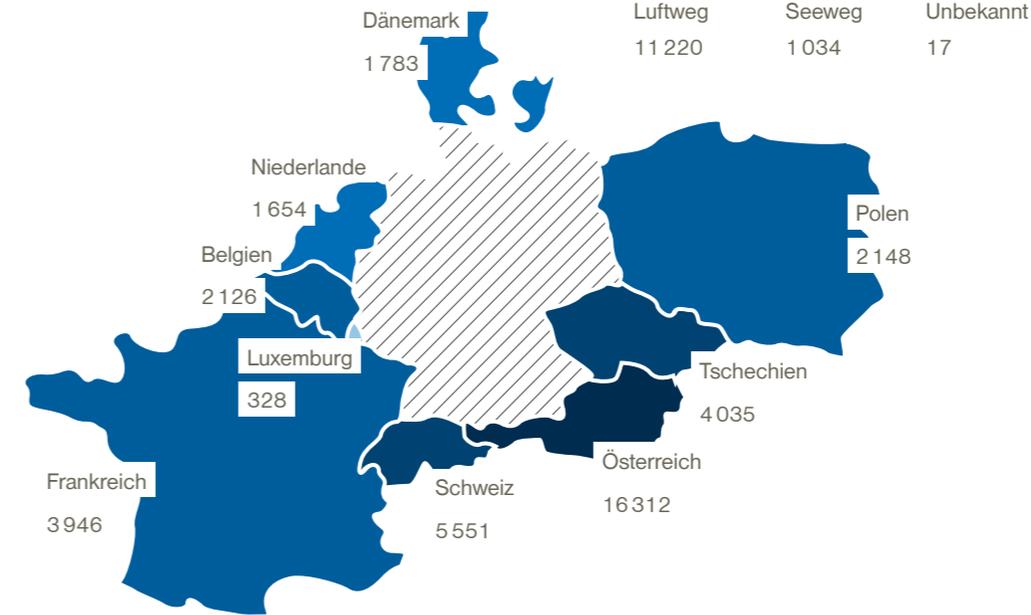
Migranten festgestellt. Gegenüber dem Vorjahr war die Gesamtanzahl der festgestellten afghanischen, syrischen und irakischen Staatsangehörigen deutlich rückläufig, die von Staatsangehörigen der Türkei und der Ukraine hingegen ansteigend. Sowohl türkische als auch russische Staatsangehörige wurden 2017 vor allem bei der Einreise auf dem Luftweg festgestellt.

Der Brennpunkt unerlaubter Einreisen lag erneut an der deutsch-österreichischen Grenze, da in Österreich sowohl die Sekundärmigrationsrouten aus Italien (nach der Migration über die zentralmediterrane Route) als auch die Balkanroute zusammenlaufen. Hauptherkunftsländer der hier festgestellten Personen waren Nigeria, Afghanistan, Syrien, Irak und Pakistan. Während Migranten aus Afghanistan, Syrien, Irak und Pakistan vorrangig über die ostmediterrane Route und

Entwicklung der festgestellten unerlaubten Einreisen nach Deutschland



Festgestellte unerlaubte Einreisen 2017 nach Grenzen



Quelle: Polizeiliche Eingangsstatistik (PES)

im weiteren Verlauf über die Balkanroute nach Deutschland gelangten, nutzten Migranten aus Nigeria überwiegend die zentralmediterrane Route. Aufgrund der Kontrollen an der Landgrenze zu Österreich wurde von den dort erfassten 16 312 unerlaubten Einreisen (davon 11 189 Versuche) insgesamt 7 009 Personen die Einreise verweigert.

Festgestellte unerlaubte Einreisen aus Skandinavien – vor allem aus Dänemark – stiegen gegenüber dem Vorjahr an. Insbesondere afghanische, irakische und somalische Staatsangehörige, die zuvor in einem skandinavischen Staat einen Asylantrag gestellt hatten, reisten auf diesem Weg

unerlaubt nach Deutschland ein. Die dort im Sommer 2016 eingeführten Restriktionen im Asylverfahren, die unter anderem auch eine Kürzung oder Einstellung der Sozialhilfe zur Folge hatten, minderten die Attraktivität der skandinavischen Länder für Asylsuchende und Migranten erheblich. Daneben spielte auch die vergleichsweise hohe Anzahl an vollzogenen Rückführungen aus den Staaten Skandinaviens nach Afghanistan, Irak und Somalia eine wichtige Rolle.

Die illegale Migration auf dem Luftweg nach Deutschland war 2017 im Vergleich zum Landweg nachrangig. Gleichwohl stiegen die Feststellungszahlen gegenüber dem Vorjahr leicht an.

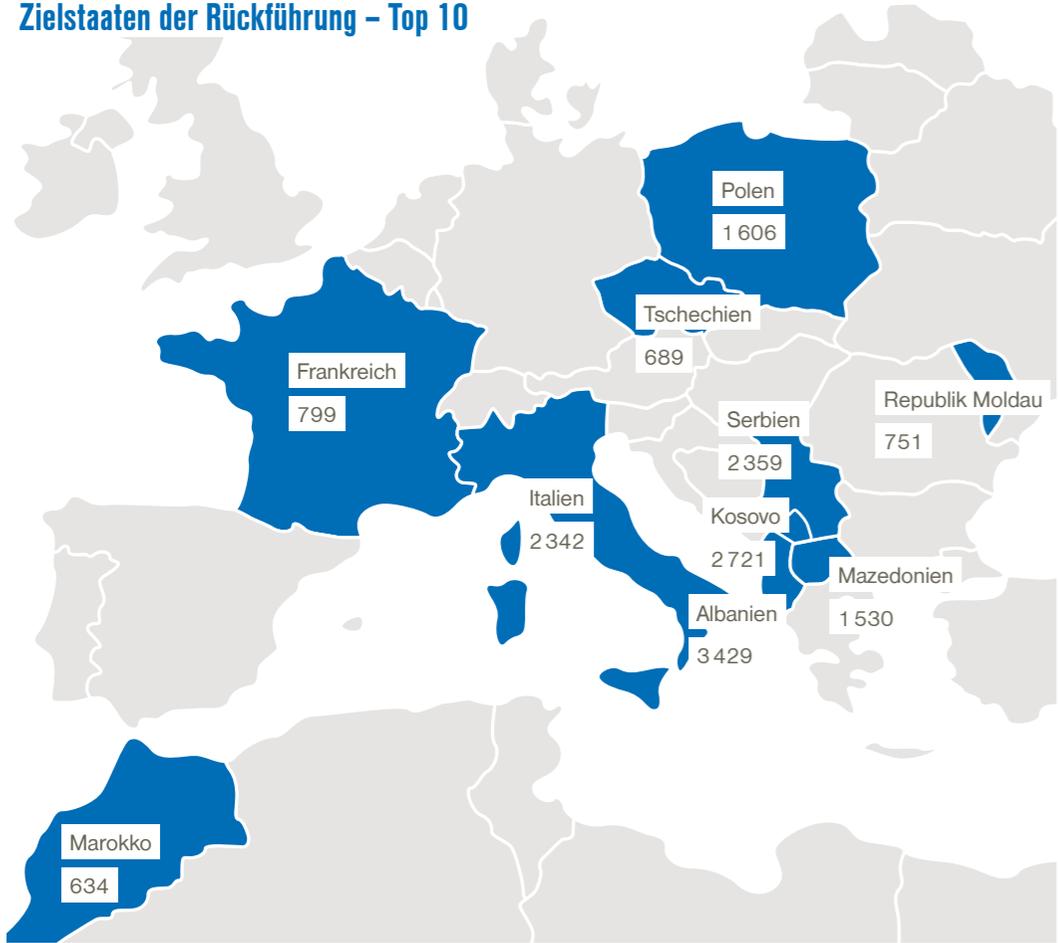
Die 2017 auf deutschen Flughäfen festgestellten unerlaubten Einreisen erfolgten hauptsächlich aus Griechenland, der Türkei und Italien. Griechenland nahm in Bezug auf die illegale Migration nach Deutschland auf dem Luftweg insbesondere im 2. Halbjahr eine bedeutende Rolle ein, weshalb seit dem 12. November 2017 die Binnen-Grenzkontrollen auf Flügen aus Griechenland vorübergehend wiedereingeführt wurden. Bei nahezu der Hälfte der auf dem Luftweg aus Griechenland unerlaubt nach Deutschland eingereisten Personen handelte es sich um syrische Staatsangehörige.

Seit Oktober 2016 wurden vermehrt Migranten festgestellt, die mit Güterzügen unerlaubt nach Deutschland einreisten. Betroffen war fast ausschließlich die Grenze zu Österreich und in Einzelfällen die Grenze zur Schweiz. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2017 nahmen die Feststellungen deutlich zu. Aus diesem Grund erfolgten seit dem 8. November 2017 am Brenner auf italienischem Staatsgebiet trilaterale Güterzugkontrollen durch Beamte der italienischen und österreichischen Polizei sowie der Bundespolizei.

An den deutschen Grenzen zu Polen und Tschechien wurden seit Herbst 2017 deutlich mehr Lkw-Schleusungen festgestellt. Die Geschleusen, bei denen es sich vor allem um irakische Staatsangehörige handelte, gelangten zumeist aus der Türkei oder Bulgarien in Lkw oder Kleintransportern zunächst nach Rumänien. Von dort erfolgte die weitere Schleusung in Lkw über die Slowakei, Tschechien und/oder Polen nach Deutschland.

Rückführung

Zielstaaten der Rückführung – Top 10



Im Jahr 2017 wurden 25 673 Rückführungen vollzogen (Ab- und Zurückschiebungen auf dem Land-, Luft- und Seeweg), davon allein 21 942 auf dem Luftweg. Insgesamt waren 8 059 Personenbegleiter Luft und 51 Begleitkräfte der Bundesländer eingesetzt sowie fast 2 000 Begleiter der Zielstaaten oder der Luftverkehrsgesellschaften.

Auch 2017 war die Aufgabe Rückführung für die Bundespolizei von großer Bedeutung. Dies wird verdeutlicht durch die Entwicklung der Anzahl der Rückführungen auf dem Luftweg: Seit 2014 nahm diese von 8 753 um mehr als das Anderthalbfache auf 21 942 Rückführungen zu. Die Anzahl der begleiteten Rückführungen stieg dabei von 2 274 auf 12 629. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, wurde die Anzahl der eingesetzten Personenbegleiter Luft von 2 302 auf 8 059 erhöht.

2017 war insbesondere davon geprägt, dass die Rückführungen in die Maghreb-Staaten stark anstieg. Hier sind insbesondere Algerien und Marokko hervorzuheben. Zudem gab es eine Vielzahl von planungs- und kräfteintensiven Charterflügen, von denen vor allem die Flüge nach Afghanistan in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.

Auskunftsstelle VISA

Zur Bekämpfung des Visummissbrauchs – als eine weitverbreitete Methode der unerlaubten Einreise in das Bundesgebiet – wurde 2008 im Bundespolizeipräsidium die Auskunftsstelle VISA (ASt VISA) eingerichtet. Dass diese Entscheidung richtig war, spiegelt sich insbesondere im Bereich der permanent hohen Anzahl der registrierten Visumerschleichungen wider. So stellte die Bundespolizei allein im Jahr 2017 insgesamt über 3 300 Fälle fest. Das ist im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um fast 33 Prozent.

Die vornehmlichen Aufgaben der ASt VISA sind neben der Unterstützung der im Ausland eingesetzten Bundespolizeibeamten durch einen aktiven Informationsaustausch in Visumangelegenheiten auch die enge Begleitung von strafrechtlichen Ermittlungen im Zusammenhang mit der Beantragung und Nutzung von Visa. Die ASt VISA nimmt zur Erfüllung ihrer Aufgaben vielfältige Koordinations- und Steuerungsaufgaben wahr. Sie ist sowohl Ansprechpartner und Informationsstelle für das Auswärtige Amt als auch für die deutschen Auslandsvertretungen und Dienststellen der Bundespolizei im Inland sowie benachbarten Sicherheitsbehörden. Sie stellt dem vorgenannten Adressatenkreis unter anderem bundespolizeiliche Erkenntnisse zu Visumangelegenheiten zur Verfügung und bearbeitet Anfragen in laufenden Visumantrags- und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren.

Die ASt VISA nimmt ihre nicht zu unterschätzende „Frühwarnfunktion“ unter anderem durch unmittelbare Schulungen und Beratungen an den deutschen Auslandsvertretungen sowie die Erstellung von Warnhinweisen wahr.



+23,5%
 143 097 2016  176 702 2017

Bearbeitete Erkenntnisanfragen und -mitteilungen mit personen- und/oder sachbezogenen Daten

Auslandsverwendung

Gemeinsame Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit

Die Bundespolizei setzt mehr als 100 Mitarbeiter in zehn Gemeinsamen Zentren (GZ) der Polizei- und Zollzusammenarbeit ein. Entlang der EU-Binnengrenzen sind es 40 GZ. Zu den Hauptaufgaben zählen der Informationsaustausch, die Unterstützung von Einsätzen im Grenzgebiet und die gezielte Auswertung grenzüberschreitender Kriminalität. Deutschland betreibt mit allen Anrainerstaaten Gemeinsame Zentren der Polizei- und Zollzusammenarbeit. Dort können sich die Bundespolizei, der Zoll und die jeweiligen Landespolizeien beteiligen. Die GZ tragen wesentlich dazu bei, dass der freie Grenzverkehr nicht zum Vorteil für Straftäter wird.

Dokumenten- und Visumberater

Im Jahr 2017 unterstützten 53 Dokumenten- und Visumberater (DVB) an 35 Standorten in 27 Ländern an deutschen Visastellen die Prüfung von Urkunden auf deren Echtheit. Sie berieten und schulten darüber hinaus Beschäftigte von Luftfahrtunternehmen und örtlichen Grenzpolizeidienststellen, damit diese bereits bei der Abfertigung von Flügen nach Europa manipulierte Dokumente erkennen.

DVB werden bis zu vier Jahre entsandt. Ihre Einsatzorte liegen hauptsächlich in Asien und Afrika an den Hauptrouten der illegalen Migration und internationalen Flughäfen mit Richtung Europa.



Verbindungsbeamte der Bundespolizei

Im Jahr 2017 waren 28 Verbindungsbeamte der Bundespolizei (VB BPOL) in 41 Ländern weltweit eingesetzt. Die Entsendung von Verbindungsbeamten der Bundespolizei dient im Wesentlichen der Schaffung eines grenzüberschreitenden Sicherheitskooperationssystems innerhalb der Europäischen Union und mit solchen Drittstaaten, die eine wesentliche Bedeutung als Herkunfts- und/oder Transitland der illegalen Migration besitzen.

Neben der Beobachtung der grenzpolizeilichen Lage in den Gastländern haben inzwischen aber auch alle weiteren Aufgabenfelder der Bundespolizei für den Verbindungsbeamten enorm an Bedeutung gewonnen. Insbesondere die stark in den Vordergrund getretenen Aufgaben im Bereich Rückführung und Luftsicherheit bilden neben der Unterstützung im Bereich Ausbildungs- und Ausstattungshilfe/Polizeikooperation und der grenzpolizeilichen Sicherheitskooperation die tragenden Säulen des bundespolizeilichen Verbindungsbeamtenwesens.

Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex organisiert und koordiniert gemeinsame Maßnahmen. Sie mobilisiert bei sogenannten Joint Operations kurzfristig Kräfte, wenn es die Lageentwicklung an einem Grenzabschnitt erfordert. Um schnell auf entsprechende Situationen reagieren zu können, wird hierbei auf European Border and Coast Guard Teams zugegriffen. Diese wurden eigens zur Bewältigung von europäischen grenzpolizeilichen Soforteinsätzen eingerichtet. Frontex unterstützt als Ausbilder, wo grenzpolizeiliche EU-Standards erst erreicht werden sollen. Darüber hinaus stellt die Bundespolizei Frontex auch sogenannte Seconded National Experts zur Verfügung. Sie entwickeln zusammen mit Experten anderer europäischer Mitgliedstaaten Strategien und Aktionspläne zum Schutz der EU-Außengrenzen.

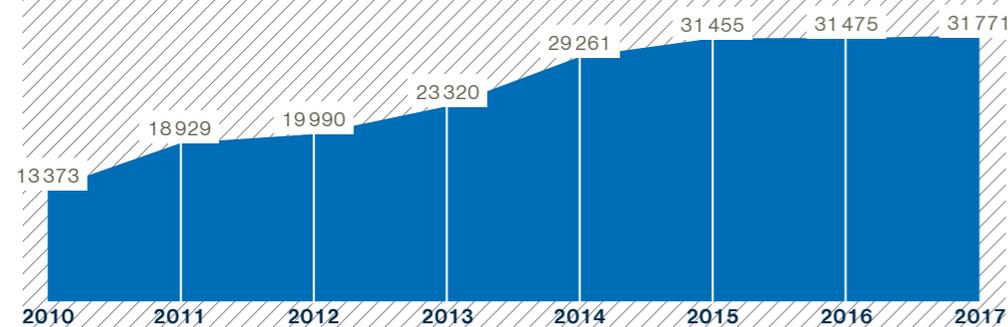
Schutzaufgaben im Ausland

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 Bundespolizeigesetz unterstützt die Bundespolizei das Auswärtige Amt bei der Wahrnehmung von Aufgaben zum Schutz deutscher Auslandsvertretungen. Dazu berieten 41 Sicherheitsberater die deutschen Auslandsvertretungen in personellen und materiellen Fragen. Die Bundespolizei gewährleistete darüber hinaus im Jahr 2017 den Schutz mit 218 Beamten in 83 Ländern. Im Personenschutz in Kabul, Bagdad, Tripolis und Mazar-e Sharif setzte die Bundespolizei 27 Beamte ein.

Missionen für den Frieden

Die Bundespolizei war 2017 mit 29 eigenen und zahlreichen Beamten der Länderpolizeien, des Bundeskriminalamtes und der Zollverwaltung an 17 Friedensmissionen und dem bilateralen Polizeiprojekt in Afghanistan beteiligt, davon sechs Missionen der Vereinten Nationen, zehn der Europäischen Union und eine der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Beteiligung dient dem Auf- und Ausbau der Sicherheitsbehörden vor Ort und trägt so zur Stabilisierung von Krisenregionen bei, wodurch auch ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen geleistet wird.

Verhinderte unerlaubte Einreisen durch Dokumenten- und Visumberater



Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland

Im Jahr 2017 waren 676 Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland (GUA) in 18 Ländern innerhalb Europas aktiv und weitere 305 in Boots- und Hubschraubereinsätzen, zum Beispiel in Grottaglie (Italien). Die GUA beraten und unterstützen ausländische Grenzpolizeidienststellen, hauptsächlich innerhalb der EU und des Schengen-Verbundes. Sie geben ihre Erfahrungen und ihr Wissen über Urkundenfälschungen und Modi Operandi bei illegalen Grenzübertritten weiter. Vorrangig erfolgt ihr Einsatz unter Ägide von Frontex. Hierbei sind die deutschen Bundespolizisten gemäß EU-Verordnung auch im Ausland mit Exekutivbefugnissen ausgestattet und können dort sogar ihre Dienstwaffen tragen. Im Rahmen bilateraler vereinbarter Einsätze werden ihre Aufgaben und Befugnisse jeweils individuell festgelegt. Die Dauer der Verwendung hängt von der Einsatzform ab und kann zwischen zwei Wochen und einem Jahr variieren.



Deutsches Polizeiprojektteam in Afghanistan

Im Deutschen Polizeiprojektteam in Afghanistan (GPPT) unterstützten 50 Polizisten, darunter 20 Bundespolizisten, beim Aufbau der afghanischen Polizei durch Beratung, Mentoring und zum Teil auch Ausbildung. Schwerpunkte sind das Innenministerium in Kabul (Leitungsebene und das Criminal Investigation Department), die Afghanische Nationale Polizeiakademie in Kabul, das Sergeant Training Center in Mazar-e Sharif und die afghanische Grenzpolizei (auch an den Flughäfen in Kabul und Mazar im Rahmen von Flughafenpartnerschaften mit der Bundespolizei in Köln und Düsseldorf). Die Unterstützung durch das GPPT veränderte sich in den letzten Jahren von der aktiven Ausbildung hin zur Beratung. Darüber hinaus wurde Ausstattungshilfe geleistet, wie beispielsweise die Einrichtung von Urkundenlaboren an den Flughäfen, um Fälschungen von Dokumenten professionell zu erkennen. Die Bundespolizeiakademie in Lüneburg kooperiert mit der afghanischen Nationalpolizeiakademie, seit 2015 nehmen deren Offizierskadetten am deutschen Polizei-Bachelor-Studiengang teil.



EU Advisory Mission in support of Security Sector Reform in Iraq

Das Mandat der Mission beinhaltet die strategische Beratung der irakischen Regierung bei der Umsetzung der zivilen Aspekte der Nationalen Sicherheitsstrategie und der zivilen Sicherheitssektorreform. Deutschland sieht eine Beteiligung von bis zu 15 Polizisten aus Bund und Ländern vor. 2017 war ein Bundespolizist als Head of Mission im Irak im Einsatz.



United Nations Assistance Mission in Somalia

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat zur Unterstützung der somalischen Regierung im Sommer 2013 die Mission United Nations Assistance Mission in Somalia (UNSOM) eingerichtet. 2017 berieten drei Bundespolizisten die somalischen Behörden bei der Implementierung einer föderalen Sicherheitsarchitektur. Die Polizeikomponente der Mission wurde bis 2017 durch einen Bundespolizisten als Police Commissioner geleitet. Das Mandat der Mission beinhaltet die Unterstützung des Friedens- und Aussöhnungsprozesses, der Friedenskonsolidierung und Staatsbildung durch strategische Politikberatung sowie den Aufbau der zivilen Sicherheitsbehörden.



United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali

Nach schwerer politischer Krise im Januar 2013 wurde mit der Resolution 2100 die United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali (MINUSMA) ins Leben gerufen. Deutschland verfolgt eine umfassende und vernetzte außen- und entwicklungspolitische Strategie in Mali und der Sahel-Region. Wichtige Bevölkerungszentren sollen stabilisiert und die staatliche Autorität und Ordnung hergestellt werden. Mit der Entsendung von Polizisten trägt Deutschland einen erheblichen Anteil zum Wiederaufbau des staatlichen Sicherheitssektors in Mali und zum Schutz der Menschenrechte bei, unter anderem durch die Bereitstellung eines sogenannten Specialised Teams für die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und Forensik. 2017 waren zwei Bundespolizisten eingesetzt.



Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation

Die Polizeiliche Aufbauhilfe und Kooperation stellt ein zunehmend bedeutungsvolles Instrument der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik dar. Den geografischen Schwerpunkt bilden die nordafrikanischen Staaten, der Mittlere und Nahe Osten sowie der Westbalkan.

Um bei der Ausbildung zu unterstützen, richtet die Bundespolizei Projektbüros ein und entsendet Experten, die den (grenz-) polizeilichen Partnerbehörden Wissen vermitteln sowie deren Verständnis für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte fördern.

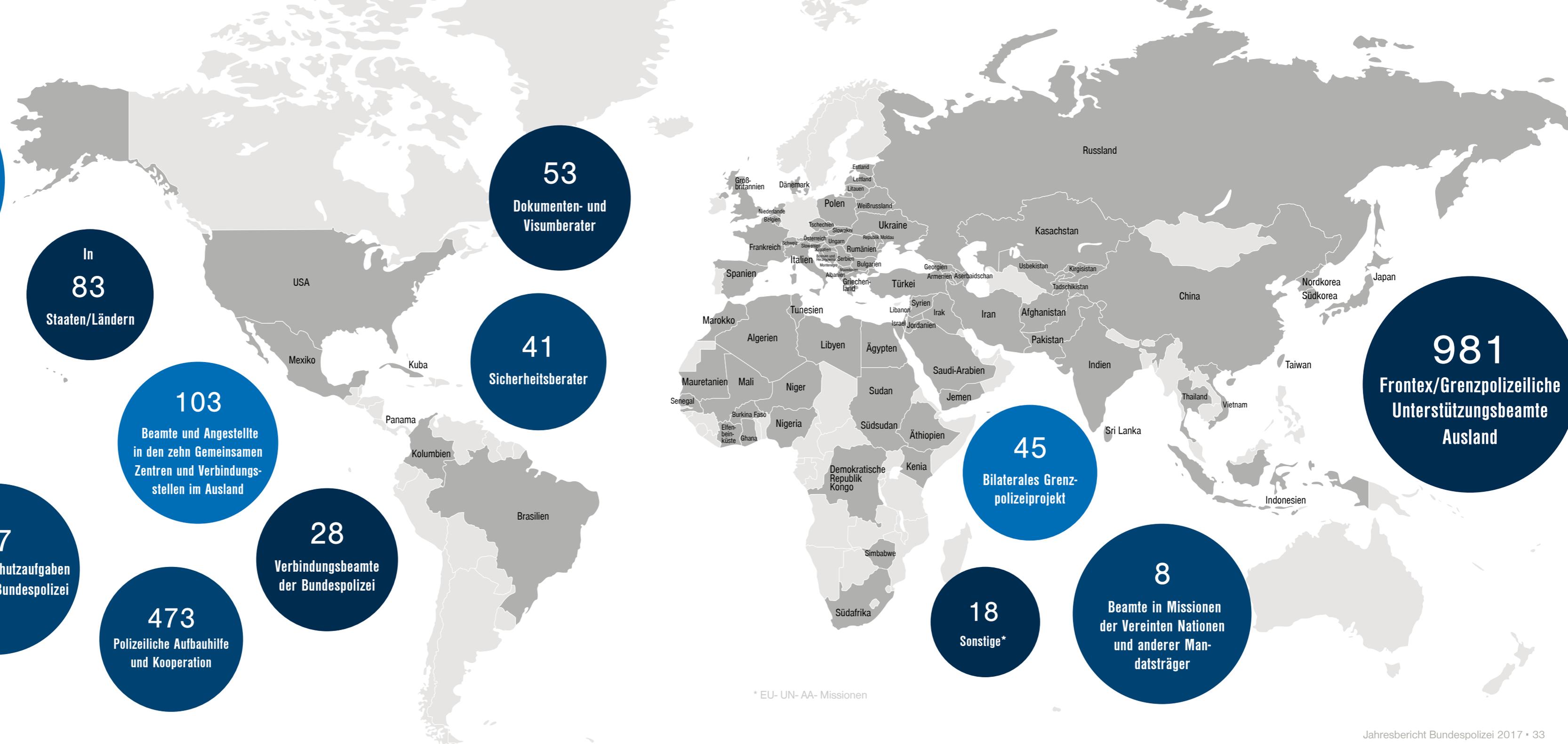
Damit werden deren strategische und operative polizeiliche Kompetenz gestärkt; eine entsprechende Ausstattungshilfe stärkt die technischen Möglichkeiten bei den Führungs- und Einsatzmitteln.

Mit Blick auf die Vorbereitung und Heranführung künftiger Mitgliedstaaten an die Europäische Union sowie des Institutionenaufbaus in Staaten ohne Beitrittsperspektive engagiert sich auch die Bundespolizei im Rahmen von TWINNING und TAIEX-Projekten der Europäischen Union, beispielsweise in der Ukraine.



Erasmus+

Im Rahmen des „European Internship Project of the Federal Police“ erhielten 32 Polizeivollzugsbeamte im mittleren Dienst, die zu den besten Absolventen des Abschlussjahrgangs 2017 gehören, die Gelegenheit für ein zweiwöchiges Praktikum bei einer europäischen Partnerdienststelle. Die Praktika wurden aus Fördermitteln des Bildungsprogramms Erasmus+ der EU finanziert. Polizeidienststellen aus 18 Nachbarländern stellten der Bundespolizei Praktikumsplätze zur Verfügung und ermöglichten so den jungen Polizeivollzugsbeamten, europäische Zusammenarbeit aus nächster Nähe zu erfahren und ihre fachlichen, sprachlichen wie persönlichen Kompetenzen zu erweitern.



1 995
Insgesamt im Jahr 2017
im Ausland eingesetzte
Bundespolizisten

In
83
Staaten/Ländern

53
Dokumenten- und
Visumberater

218
Sicherheitsbeamte an
deutschen Auslands-
vertretungen

41
Sicherheitsberater

103
Beamte und Angestellte
in den zehn Gemeinsamen
Zentren und Verbindungs-
stellen im Ausland

981
Frontex/Grenzpolizeiliche
Unterstützungsbeamte
Ausland

27
Polizeiliche Schutzaufgaben
Ausland der Bundespolizei

473
Polizeiliche Aufbauhilfe
und Kooperation

28
Verbindungsbeamte
der Bundespolizei

45
Bilaterales Grenz-
polizeiprojekt

18
Sonstige*

8
Beamte in Missionen
der Vereinten Nationen
und anderer Man-
datsträger

* EU- UN- AA- Missionen

Fahndung

Der gezielte Einsatz von zivilen und uniformierten Kräften an Kriminalitätsschwerpunkten, die Verwendung modernster Fahndungstechnik und ein hohes Maß polizeilicher Praxiserfahrung sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Fahndungsarbeit in der Bundespolizei.

4 685
Polizeirechtliche
Gewahrsamnahmen

9 115
Ausländerrechtliche Festnahmen
(einschließlich Einreiseverweigerungen
und Zurückweisungen)

Fahndung prägt das Profil der Bundespolizei, was nicht zuletzt durch die täglichen und qualitativ oftmals herausragenden Erfolge belegt wird. Bei der Fahndung nach Terrorverdächtigen ist die Bundespolizei ein wichtiges Zahnrad im Getriebe der Sicherheitsbehörden und hier besonders gefordert.

1 062
Kraftfahrzeuge

19 813
Urkunden

3 198
Gewalttäterkontrollen


135 947
Personenfahndungserfolge


16 397
Vollstreckte nationale und
internationale Haftbefehle



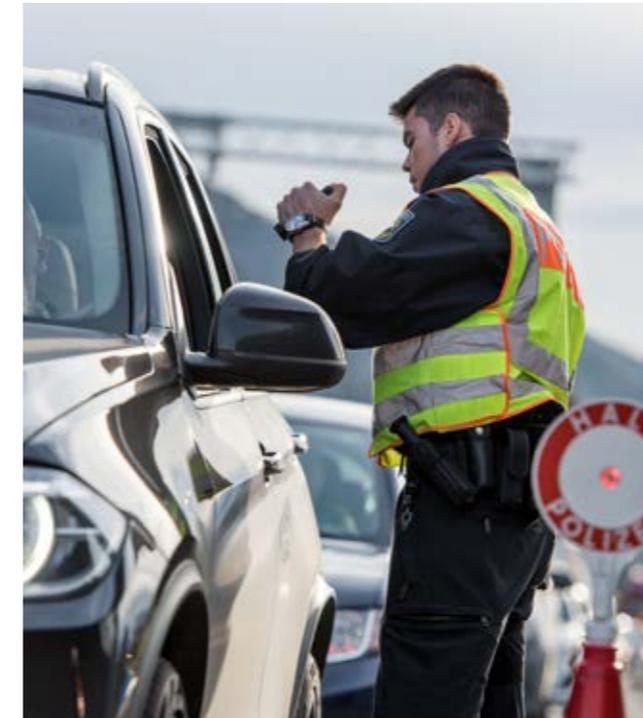
22 583
Sachfahndungserfolge

+13,8 %


86 794
Aufenthaltsermittlungen
und Sonstige

15 630
(Grenz-)polizeiliche Beobachtungen/
verdeckte Registrierungen/
gezielte Kontrollen

128
Ausreiseuntersagungen

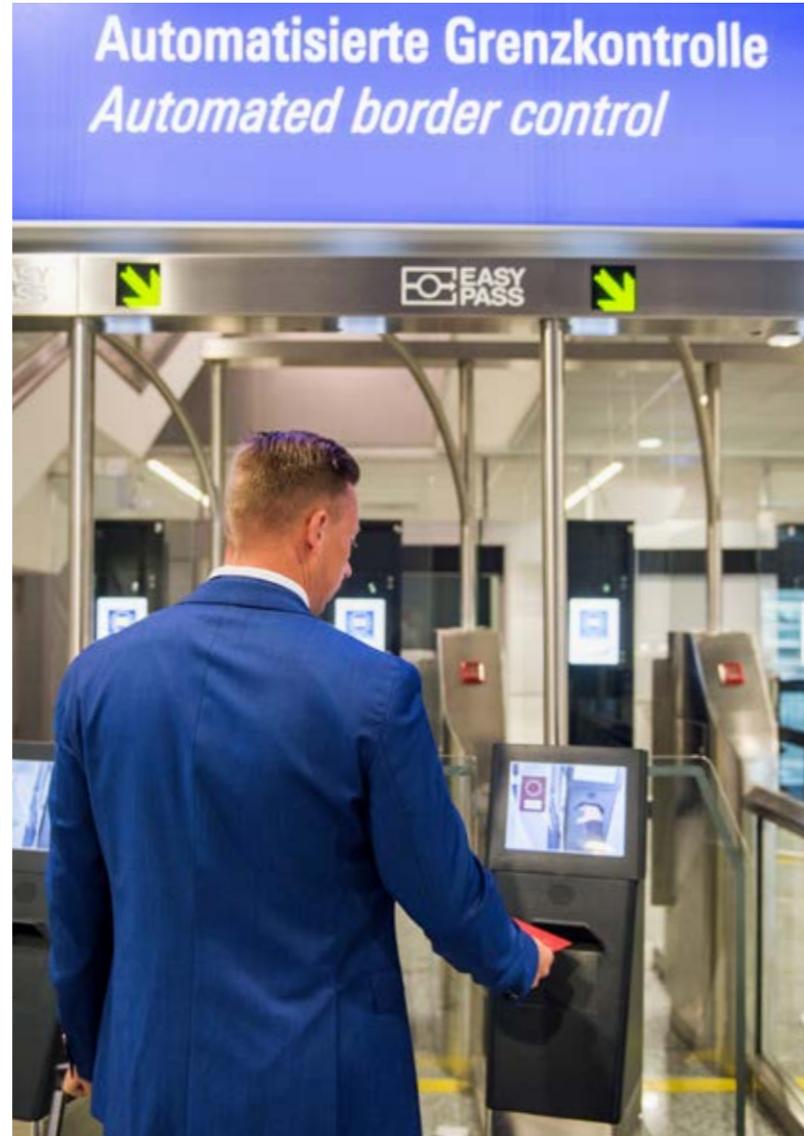


1 704
Sonstige

EasyPASS

Im dritten Jahr nach der bundesweiten Einführung von EasyPASS gab es 13 426 358 automatisierte Grenzkontrollen an sieben deutschen Flughäfen. Am durchsatzstärksten Flughafen – Frankfurt am Main – erfolgten über 28 Prozent der 26 351 763 Kontrollvorgänge mittels EasyPASS.

Die durch die Europäische Union geförderten 177 Kontrollspuren stellen für alle Beteiligten einen Mehrwert dar. Sowohl Flughafenbetreiber, Luftfahrtunternehmen als auch die Reisenden selbst profitieren von deutlich geringeren Kontrollzeiten bei der Ein- und Ausreise. Der Bundespolizei ermöglicht es zudem, das eigene Personal effizienter für die Kontrollen des grenzüberschreitenden Personenverkehrs einzusetzen, die nicht dem automatisierten Verfahren unterliegen.



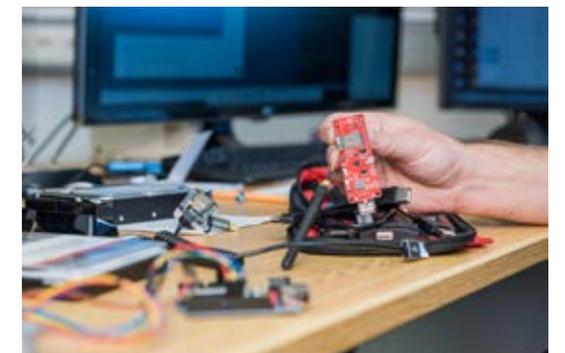
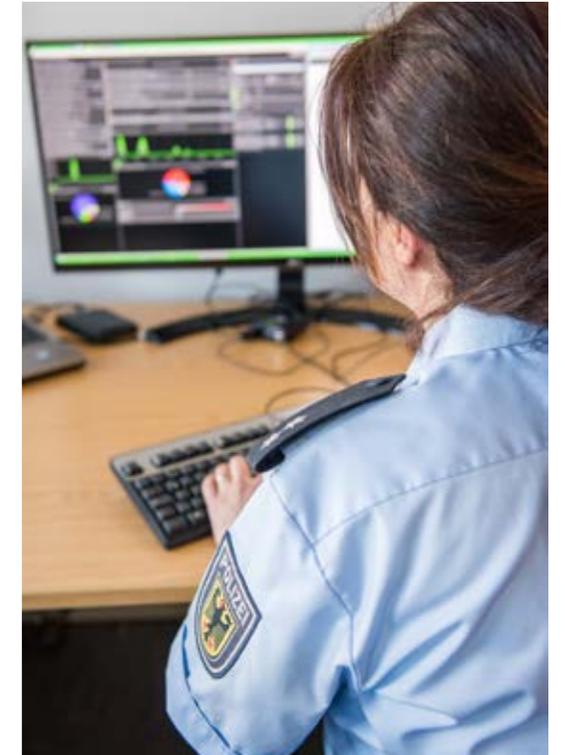
Computer Emergency Response Team

2017 wurden durch das Computer Emergency Response Team (CERT BPOL), zuständig für die Abwehr von Cyber-Angriffen bei der Bundespolizei, 944 sicherheitsrelevante Ereignisse erfasst und bearbeitet. Bei 330 dieser Vorfälle handelte es sich um den Versuch, aktive Schadsoftware wie Trojaner oder Viren in das Netz der Bundespolizei einzubringen. Alle Angriffe wurden erfolgreich identifiziert und abgewehrt.

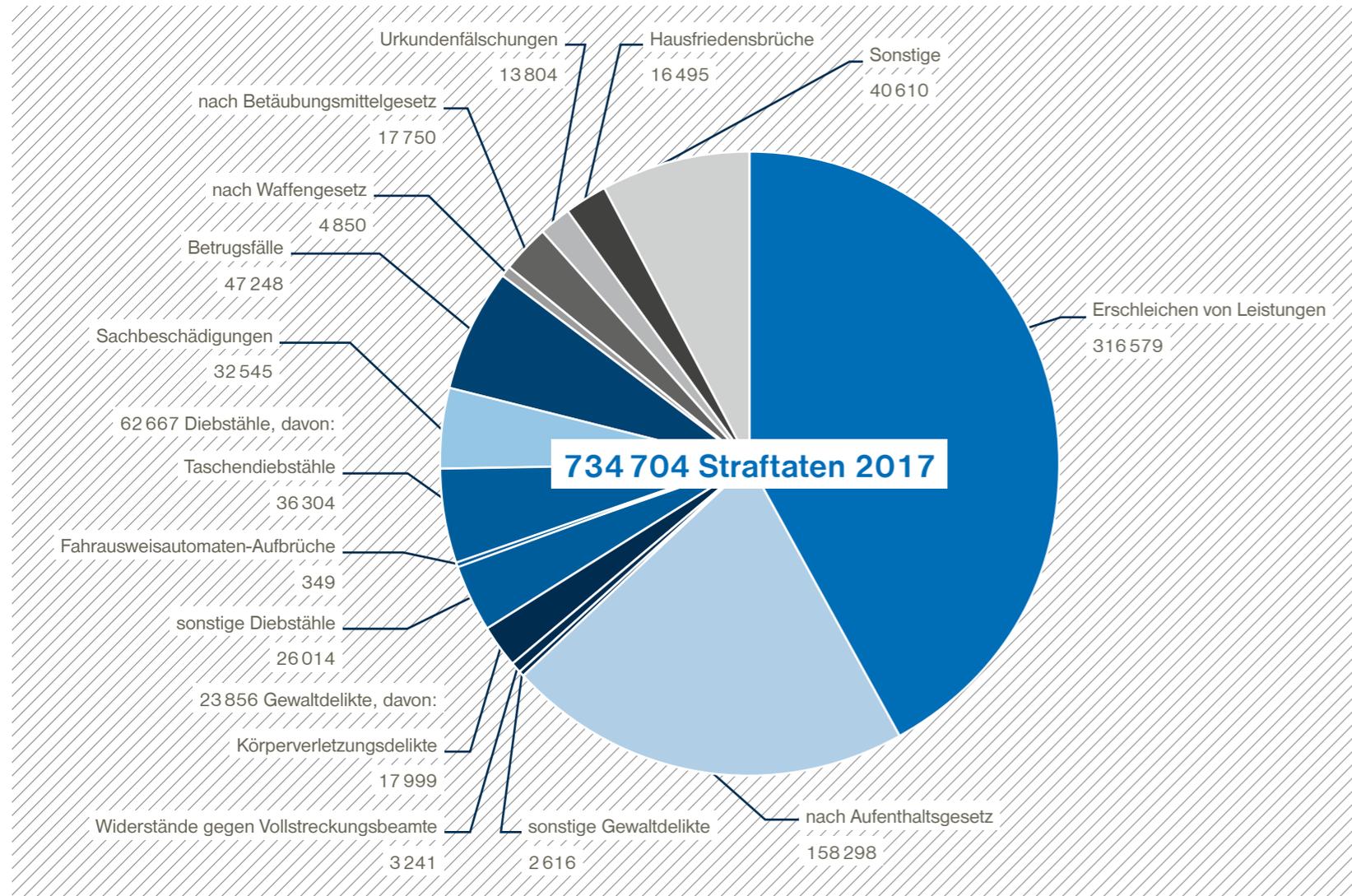
Das 2011 in Folge eines Cyberangriffs gegründete und stetig ausgebaute Analyse- und Abwehrzentrum unterstützt bei allen Fragen rund um die IT-Sicherheit in der Bundespolizei. Das Team besteht aus IT-Experten der Bundespolizei, die durch Spezialisten aus Industrie und Forschung unterstützt werden. Es betreibt Systeme zur Identifikation und Untersuchung von Cyberangriffen, führt komplexe IT-forensische Analysen durch, sucht Schwachstellen in IT-Systemen der Bundespolizei und überprüft die Umsetzung von IT-Sicherheitsvorgaben.

Weiterhin unterstützt das CERT BPOL bei allen Fragen zur technischen IT-Sicherheit in der gesamten eigenen Organisationsstruktur und berät die Führungsebene und den IT-Sicherheitsbeauftragten. Es werden zudem Risikobewertungen vorgenommen und Warnmeldungen erstellt, welche auf die konkrete Situation der Dienststellen der Bundespolizei zugeschnitten sind.

Das Bundespolizeipräsidium ist mit Verbindungsbeamten des CERT BPOL im nationalen Cyber-Abwehrzentrum vertreten. Dort werden aktuelle Informationen behördenübergreifend ausgetauscht und die Belange der Bundespolizei auf Bundesebene vertreten.



Deliktsbereiche

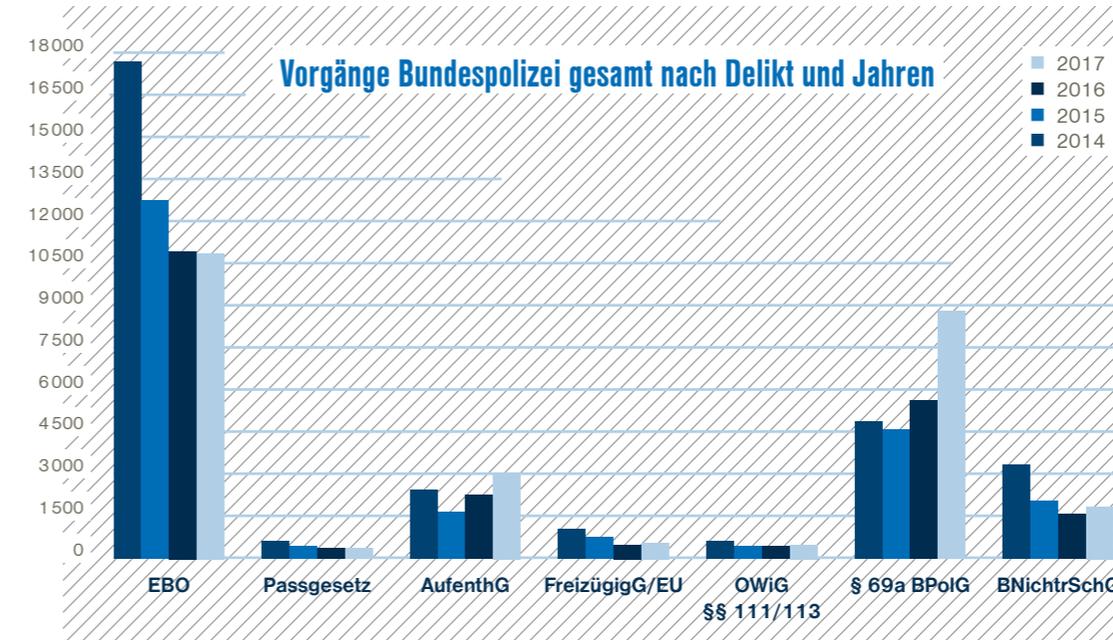


Bußgeldstelle

2017 hat die Bundespolizei 48 915 Ordnungswidrigkeiten (OWi) festgestellt. Davon wurden 15 115 OWi durch Zahlung eines Verwarnungsgeldes bar vor Ort erledigt. Insgesamt wurden Einnahmen von 1 734 873 Euro aus OWi-Verfahren dem Bundeshaushalt zugeführt. Den Schwerpunkt bildete mit 10 996 Vorgängen die bahnpolizeiliche Aufgabe. Hierzu zählt unbefugtes Betreten von Bahnanlagen. Die höchsten Einnahmen von 982 212 Euro ergaben sich aus Verstößen gegen die Flugpassdatenübermittlung: Luftfahrtunternehmen kamen ihrer Meldepflichtung nicht nach, Daten von Passagieren auf Flügen über die

Schengen-Außengrenzen ins Bundesgebiet an die Bundespolizei zu übermitteln.

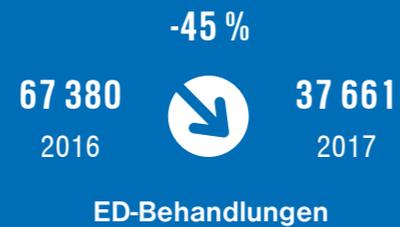
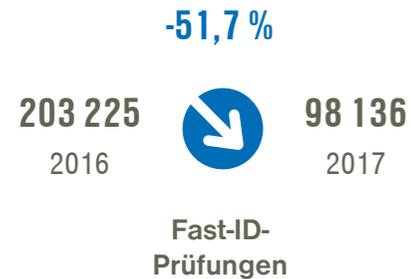
Kontroll- und Streifenbeamte der Bundespolizei zeigen eine OWi an. Wird das Verwarnungsgeld nicht sofort bar bezahlt, beschäftigt sich die Zentrale Bußgeldstelle (ZBS) mit der Ahndung. Sie befindet sich an zwei Standorten, Halle/Saale und Schwandorf. Die 19 Tarifbeschäftigten und 40 Verwaltungsbeamten bearbeiten sämtliche schriftliche Verwarnungs- und Bußgeldverfahren der Bundespolizei. Diese Dienststelle ist die einzige mit ausschließlich Verwaltungspersonal.



Ordnungswidrigkeiten, die durch die Bundespolizei verfolgt und geahndet werden:

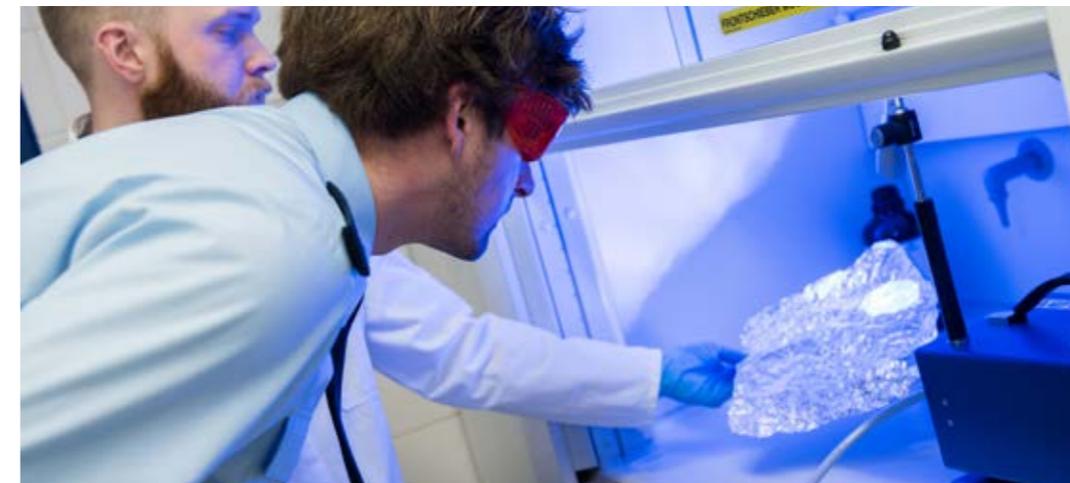
- § 64b der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung (EBO)
- § 49 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen (ESBO)
- § 25 des Passgesetzes (PassG)
- § 98 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 und Abs. 3 Nr. 3 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)
- § 10 Abs. 1 und 3 des Gesetzes über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern (FreizügG/EU)
- § 69a des Bundespolizeigesetzes (BPolG)
- §§ 111, 113 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)
- § 32 Abs. 1 Nr. 2 und 5 des Personalausweisgesetzes (PAuswG)
- § 37 des Tabaksteuergesetzes (TabStG)
- § 5 des Bundesnichtraucherschutzgesetzes (BNichtrSchG)
- § 18 Abs. 1 Nr. 9 des Luftsicherheitsgesetzes (LuftSiG)

Kriminaltechnik



Die Sicherung und Auswertung von Beweisen stellt für die Bundespolizei eine Kerntätigkeit bei der Verfolgung von Straftaten dar. Neben Datenträgern, digitalen Daten und materiellen Spuren werden Dokumente untersucht und erkennungsdienstliche Maßnahmen (ED) durchgeführt. Bei der **ED-Behandlung** sind Finger- und gegebenenfalls Handflächenabdrücke abzunehmen, Lichtbilder zu fertigen sowie Messungen und Personenbeschreibungen vorzunehmen. Die so gewonnenen Fingerabdrücke werden in nationalen und europäischen Fingerabdruckdatenbanken abgeglichen und bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen gespeichert. Dadurch können Personen identifiziert und Vergleichsabdrücke für zukünftige Personen- und Spurenabgleiche gesichert werden.

Das Verfahren der **FAST-ID** ermöglicht die schnelle Identifizierung von Personen ohne Ausweispapiere – oder es wird angewandt, wenn Zweifel an der Echtheit der vorgelegten Ausweisdokumente besteht. In wenigen Minuten ist feststellbar, ob und unter welchen Personalien jemand in Deutschland bereits erkennungsdienstlich behandelt worden ist.



Prävention

Vorsorge ist besser als Nachsorge – auch im Bereich der öffentlichen Sicherheit. Kriminalität wird nicht allein durch die entschlossene Verfolgung von Straftaten bekämpft. Auch Prävention leistet einen wesentlichen Beitrag. Dafür entwickelt die Bundespolizei im Zusammenwirken mit anderen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen vielfältige Programme. Diese zielen darauf ab, Tatgelegenheitsstrukturen zu durchbrechen und das Risiko zu reduzieren, Opfer zu werden.

In Veranstaltungen, Gesprächen und durch eine zielgerichtete kriminalpräventive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird die Bevölkerung für Gefahren sensibilisiert, die aus der Kriminalität erwachsen können. Hierzu zählen unter anderem Hinweise zum richtigen Verhalten in Gefahrensituationen und Möglichkeiten der baulichen und technischen Prävention. In der Kriminalprävention setzt die Bundespolizei besonders fortgebildete Präventionsbeauftragte ein.



„Sicher drüber“

In der Präventionskampagne „Sicher drüber“ haben sich Bundespolizei, Deutsche Bahn AG, ADAC, der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen sowie die gesetzlichen Unfallversicherungen UVB und VBG zusammengeschlossen. Sie informieren gemeinsam über das richtige Verhalten an Bahnübergängen. Die Kampagne richtet sich insbesondere an Jugendliche.



„Achten Sie auf Ihre Wertsachen“

„Achten Sie auf Ihre Wertsachen“ lautet der Slogan der gemeinsamen Kampagne von Bundespolizei und der Deutschen Bahn AG an verschiedenen Bahnhöfen deutschlandweit.



Präventionsaufgaben

Für Präventionsaufgaben vor Ort werden stationäre und mobile Beratungsstellen eingerichtet. Besonders fortgebildete Präventionsbeauftragte sensibilisieren die Bevölkerung für Gefahren, die aus der Kriminalität erwachsen können und bewirken sicherheitsorientiertes Handeln.



Anlassbezogene Information der Bevölkerung über Twitter



ACHTUNG! Taschendiebe in #Düsseldorf und #Köln unterwegs. Augen auf - Tasche zu! #BPOL hat die #Langfinger im #Visier!



#bpol heute von 8 bis 14 Uhr am #Hbf #München in der Taschendiebstaßprävention unterwegs. Hartmut Brach verteilt Flyer und gibt wertvolle Tipps.



110

Präventions-
beauftragte

38
im Hauptamt

72
im Nebenamt

Zivilcourage

Die Bereitschaft einer Gesellschaft und ihrer Mitglieder füreinander einzustehen und einander zu unterstützen, ist eine wichtige Stütze von Demokratie und Sicherheit. Die Bundespolizei ist daher mit zahlreichen Kooperationspartnern eng vernetzt, um die Zivilcourage in der Bevölkerung zu fördern.





Jahresrückblick 2017



Das Jahr 2017



13. Mai 2017

Umzug der Reiterstaffel nach Stahnsdorf

Nach etwa zehnjähriger Planungs- und fünfjähriger Bauzeit erfolgte der Umzug der Reiterstaffel aus der beengten Liegenschaft in Berlin-Grunewald in die etwa 28 000 m² große Anlage im brandenburgischen Stahnsdorf. Hier finden nicht nur die 37 Bundespolizisten und sieben Angestellten optimale Bedingungen, sondern auch die 25 Dienstpferde ideale Voraussetzungen vor: ein hochmoderner Stall mit 28 Boxen und je einem eigenem Außenpaddock, eine modernste Reithalle mit Soundanlage, eine große Außenreitanlage, weitläufige Koppeln, eine Pferdeführanlage mit verschiedenen Bewegungsprogrammen, ein sogenanntes Pferdesolarium und weitere Annehmlichkeiten.

19. Juni 2017

22. Deutscher Präventionstag in Hannover

Am 19. und 20. Juni 2017 fand der größte europäische Kongress zur Kriminalprävention, der Deutsche Präventionstag, in Hannover statt. Die Bundespolizei war mit einem Informationsstand, einem Kontrollboot und einem Piratenangriffsboot (Skiff) vor Ort. Sie stellte zum Beispiel die in der maritimen Seefahrt bewährten Abwehrmaßnahmen gegen Piraterieattacken vor. Die Bundespolizei gilt weltweit als kompetenter Ansprechpartner für maritime Sicherheit.



Sommer 2017

Gold verlagert

Im Sommer 2017 verlagerte die Deutsche Bundesbank insgesamt 53 780 Barren Gold in den Tresor nach Frankfurt am Main. Jede Lieferung wurde durch Bundespolizeibeamte mit höchster Aufmerksamkeit überwacht. Nun lagern rund 51 Prozent des Gesamtbestandes an Gold der Bundesrepublik unter den Füßen der rund 3 000 Mitarbeiter in der Zentrale der Deutschen Bundesbank.

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Februar 2017

Bundespolizei ermittelt gegen Piraten

Im Februar 2017 wurde ein unter der Flagge von Antigua und Barbuda fahrender Stückgutfrachter einer deutschen Reederei im Golf von Guinea von Piraten angegriffen. Die bewaffneten Täter brachten neun der elf Besatzungsmitglieder in ihre Gewalt und raubten das Schiff aus. Die zuständige Staatsanwaltschaft erteilte der Maritimen Ermittlungs- und Fahndungsgruppe (MEFG) des Stabsbereiches Maritime Sicherheit/Kriminalitätsbekämpfung der Bundespolizeidirektion Bad Bramstedt den Ermittlungsauftrag. Die Kriminaltechniker der MEFG, der

Bundespolizeiinspektionen Hamburg, vom Flughafen Berlin-Tegel sowie der Kriminalitätsbekämpfung Berlin führten die Tatortarbeit sowie die Vernehmungen nach Anlandung im Hafen von Las Palmas/Spanien durch.

Nach Abschluss der Verhandlungen zwischen Reederei und Entführern wurden die Geiseln nach 27 Tagen freigelassen. Es wurden wichtige Erkenntnisse gewonnen und eindeutige Phantombilder der Piraten erstellt. Die Ermittlungen in Zusammenarbeit mit INTERPOL dauern an.



25. Mai 2017

Barack Obama geschützt

Der 44. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Barack Obama, besuchte am 25. Mai 2017 das Bundeskanzleramt. Die Bundespolizei gewährte ihm Schutz und Sicherheit wie all den anderen hochrangigen Delegationen aus dem In- und Ausland, aus Politik und Wirtschaft, wenn sie zu Gast sind beim Bundespräsidenten oder der Bundesregierung. Darunter befanden sich auch Prinz William und Kate, Herzog und Herzogin von Cambridge. Auch der Große Zapfenstreich zur Verabschiedung des aus dem Amt scheidenden Bundespräsidenten Joachim Gauck im Schloss Bellevue am 17. März 2017 war ein solcher Einsatz.

1. Juni 2017

25 Jahre Verbindungsbeamte der Bundespolizei

Auf Einladung des Bundespolizeipräsidiums fand am 1. Juni 2017 die Feierstunde zum 25-jährigen Jubiläum des Verbindungsbeamtenwesens der Bundespolizei im Resort Schwielowsee in Potsdam statt. Der Festveranstaltung wohnten mehr als 150 geladene Gäste bei: Angehörige des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums des Innern, des Bundeskriminalamtes, des Zollkriminalamtes und der Bundespolizei sowie ausländische Verbindungsbeamte internationaler Partnerbehörden. Unter ihnen waren ehemalige Verbindungsbeamte und in diesem Aufgabenbereich tätige Mitarbeiter, die an die erstmalige Entsendung eines Verbindungsbeamten am 1. Juni 1992 nach Frankreich erinnerten.



G20-Einsatz

Vom 7. bis 8. Juli 2017 fand in Hamburg das Treffen der G20-Staats- und Regierungschefs statt. Die Bundespolizei unterstützte die einsatzführende Polizei Hamburg mit 5 850 Beamten. Außerdem war sie aufgrund der angeordneten temporären Grenzkontrollen vom 12. Juni bis zum 11. Juli 2017 im Durchschnitt mit etwa 3 500 Bundespolizisten pro Tag an allen deutschen land-, luft- und seeseitigen Schengen-Binnengrenzen präsent.

744
vollstreckte
Haftbefehle

403
Gewahrsams-
nahmen

1 055
vorläufige
Festnahmen

7 583
festgestellte
Straftaten

4 217
Fahndungstreffer

653 733
Identitäts-
feststellungen

807
Zurück-
weisungen

41 915
Durchsuchungen

110
Zurück-
schiebungen

5 850
eingesetzte
Polizeivollzugsbeamte

406 024
geleistete
Einsatzstunden

20,4 Mio €
Mehrkosten G20

13,3 Mio €
Personalmehrkosten

4,7 Mio €
Dienstreisen/
Verpflegung

329
Flugstunden

2 582 329
Gesamtkilometer

2,3 Mio €
Führungs- und
Einsatzmittel

33 778
Funkgespräche

332
Funkstunden

7. Juli 2017

Angriff auf das Revier Altona

Aus einer Gruppe von etwa 100 Vermummten griffen zehn Personen Dienstfahrzeug des Bundespolizeireviere Altona vor dem Bahnhof Altona mit Böllern, Brandsätzen und Hämmern an. Ein Bundespolizist wurde leicht verletzt, als ein Angreifer mit einem Zimmermannshammer die Scheiben des Dienstfahrzeugs einschlug. Der Beamte und ein Kollege verließen mit gezogenen Waffen den Ort, an dem die Dienstfahrzeuge abgestellt worden waren. Zwei weitere Fahrzeuge wurden beschädigt. Das Revier wurde bis 19 Uhr geschlossen.



1. August 2017

Biometrische Gesichtserkennung – Ein Pilotprojekt

Drei unterschiedliche Softwaresysteme zur Gesichtserkennung, ein ausgewiesener Testbereich, 300 Freiwillige, drei konventionelle Videokameras, ein Ziel: die Verbesserung der polizeilichen Fahndung.

Am 1. August 2017 begann am Berliner Bahnhof Südkreuz ein einmaliges Projekt der Bundespolizei: die biometrische Gesichtserkennung. Systeme dreier unterschiedlicher Hersteller sollen klären, ob mit der bereits vorhandenen Videotechnik der Deutschen Bahn AG, Gesichter von Testpersonen aus einer eigens für dieses Projekt angelegten Lichtbilddatenbank in der Menge der Reisenden treffsicher detektiert werden können.

Dabei werden zunächst charakteristische Merkmale eines Gesichtes zu einem Template (Schablone) erfasst, zum Beispiel der Augenabstand, der Abstand zwischen Nase und Kinn, die Nasenlänge und vieles mehr. Die Software berechnet mit Algorithmen einen individuellen Wert und vergleicht diesen mit den in der Datenbank hinterlegten Werten der Templates der Probanden. Sobald der erfasste Rechenwert mit den hinterlegten Formeln zu einem bestimmten Prozentsatz identisch ist, meldet das System einen Treffer. Die bislang pilotierte Erkennungsquote deutet einen Erfolg an. Damit könnten die Gesichtserkennungssysteme künftig die polizeiliche Fahndung nach Terroristen und Schwerverbrechern wesentlich erleichtern.

Mit einer Verlängerung des Projektes um weitere sechs Monate sollen die Systeme noch valider beurteilt und letztlich ein möglicher Einsatz in der Praxis noch realistischer simuliert werden. Vergleichsbilder ungünstiger Qualität mit geringerer Auflösung oder statt Frontal- Seitenansichten werden zum Abgleich mit der erstellten Datenbank genutzt.

Bei finalen Ergebnissen des Pilotprojektes gilt es zu entscheiden, ob und unter welchen rechtlichen Voraussetzungen Gesichtserkennungstechnik zukünftig eingesetzt werden kann.

1. August 2017

Indienststellung der 11. Direktion

Die Bundespolizeidirektion 11, mit Sitz in Berlin, hat am 1. August 2017 begonnen, die ihr zugewiesenen Aufgaben zu übernehmen. Es wurden die GSG 9 der Bundespolizei, die Bundespolizei-Fliegergruppe, die Polizeilichen Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei, die Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der Bundespolizei sowie die Besonderen Schutzaufgaben Luftverkehr der Bundespolizei unter einem Dach vereint.

Diese spezialisierten Fähigkeiten sollen allen Bedarfsträgern innerhalb und außerhalb der Bundespolizei, im In- und Ausland, als eine Art Werkzeugkasten zur Verfügung stehen. Ziel ist es, die Kompetenz und Reaktionsfähigkeit der Bundespolizei insgesamt zu stärken und Synergien zwischen den einzelnen Dienststellen intensiv zu nutzen. Der Schritt wurde aufgrund der aktuellen polizeilichen Lage und deren mittelfristigen Prognose notwendig. So können Anforderungen der polizeilichen Bedarfsträger gebündelt, bedarfsgerecht und schnell erfüllt werden. Nach dem Aufbau der BFE+ sowie des sukzessiven Ausbaus der polizeilichen Fähigkeiten bei komplexen lebensbedrohlichen Einsatzlagen stärkt die Errichtung der Bundespolizeidirektion 11 die Krisenfestigkeit der Bundespolizei.

Mit der Indienststellung Direktion 11 blieb das Aufgabenspektrum der Dienststellen unverändert und die Anzahl der Einsätze konstant. Neben ihrer originären Zuständigkeit wurden die Mitarbeiter auch für Bedarfsträger im Inland, zum Beispiel Bundeskriminalamt, Landeskriminalämter, Bundeszollverwaltung, und im Ausland, unter anderem in Afghanistan, im Irak und in europäischen Nachbarländern, eingesetzt.



14. August 2017

Kiellegung neuer Schiffsflotte

Das erste von drei neuen Einsatzschiffen für die Bundespolizei wurde feierlich in der Fassmer Werft in Berne, Niedersachsen, „auf Kiel gelegt“. Der damalige Bundesinnenminister de Maizière schlug im Beisein von 250 Gästen die Schiffsnummer ein. Die Indienststellung ist für 2019 vorgesehen.

Technische Daten

| | |
|----------------|--|
| Bauzeit: | 2017–2019 |
| Länge: | etwa 86 Meter |
| Breite: | etwa 13 Meter |
| Tiefgang: | etwa 4 Meter |
| Gewicht: | 1 980 Bruttoreaumzahl |
| Besatzung: | 14 Mann Standard |
| Einsatzgebiet: | Nord- und Ostsee sowie weltweite Fahrt |

- › 2 Maschinen (12V26 – 5 548 PS) Umweltnorm Tier III mit je einem Getriebe und Zweiwelleantrieb
- › bis 12 Knoten erfolgt die Fahrt über einen dieselektrischen Sparantrieb
- › Missionsausstattung, Aufnahme für mehrere Mehrzweckboote

8. September 2017

Schlüsselübergabe Ausbildungsstätte Diez

Die Bundespolizei Ausbildungsstätte (BPOLAST) Diez ist die jüngste Organisationseinheit der Bundespolizeiakademie. Vielfältige Sportanlagen, ein moderner Kunstrasenplatz und Ausbilder, die aus der Praxis nun für die Praxis ausbilden, zeichnen die 29,6 ha große Liegenschaft aus.

Die BPOLAST Diez verfügt über 29 modern ausgestattete Lehrsäle und 492 Betten (144 Einzelzimmer, 170 Doppelzimmer und 8 Trennungszimmer). Im September 2017 wurden hier 481 junge Menschen zu Polizeimeisteranwärtern ernannt und im Oktober zentral auf dem Diezer Marktplatz im Blickpunkt der Öffentlichkeit vereidigt. Der Slogan "WIR in Diez" prägt die teamorientierte Zusammenarbeit.

10. Oktober 2017

Festnahme von Schleusern

Die Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Bexbach führte am 10. Oktober 2017 im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft (GStA) Frankfurt am Main Exekutivmaßnahmen in einem Ermittlungsverfahren wegen gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern durch. Die Beschuldigten standen im Verdacht, afghanische und syrische Staatsangehörige mittels gefälschter Dokumente auf dem Luftweg nach Deutschland eingeschleust zu haben. Außerdem ermittelte die Steuerfahndung. Die GStA Frankfurt hatte die Bundespolizei mit den weiteren Ermittlungen beauftragt. Am Einsatztag wurden, basierend auf den Observationen der Mobilen Fahndungseinheit (MFE), zwei Haftbefehle vollstreckt und 14 Wohn- und Geschäftsobjekte im Rhein-Main-Gebiet durchsucht.

13. November 2017

Video mit YouTuber Dner

Auf Einladung des Präsidenten des Bundespolizeipräsidentiums, Dr. Dieter Romann, besuchte der Influencer und YouTuber Felix von der Laden (auch Dner genannt) im November die Bundespolizei. Im Vorfeld hatte der Wahl-Kölner seine Community aufgerufen, Fragen zur Bundespolizei, aber auch persönliche Fragen an Präsident Dr. Romann zu stellen. Das bei dem Treffen entstandene Video sahen sich mindestens 450 000 Nutzer auf dem Kanal von Felix von der Laden und auf dem der Bundespolizei an. Am Veröffentlichungstag war das Video auf dem Kanal von Felix von der Laden bis auf Platz 8 der aktuell meistgesehenen YouTube-Videos in Deutschland vorgerückt.



September

Oktober

November

Dezember



16. Oktober 2017

Operation Feuerzauber

Mit einem Festakt am 16. Oktober 2017 in Bonn beging die Bundespolizei die Gründung der GSG 9 BPOL vor 45 Jahren und erinnerte an die erfolgreiche Flugzeugbefreiung in Mogadischu vor 40 Jahren. Am 18. Oktober 1977 stürmten etwa fünfzig Bundespolizisten der GSG 9 BPOL in Somalia die Lufthansamaschine „Landshut“ und beendeten nach 106 Stunden die Geiselnahme innerhalb weniger Minuten. Sie befreiten alle 86 Geiseln lebend. Den Piloten Jürgen Schumann hatten die vier palästinensischen Terroristen erschossen, nachdem sie die Maschine am 13. Oktober 1977 auf dem Flug von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main entführt hatten.

16. November 2017

Reichsbürger verhaftet

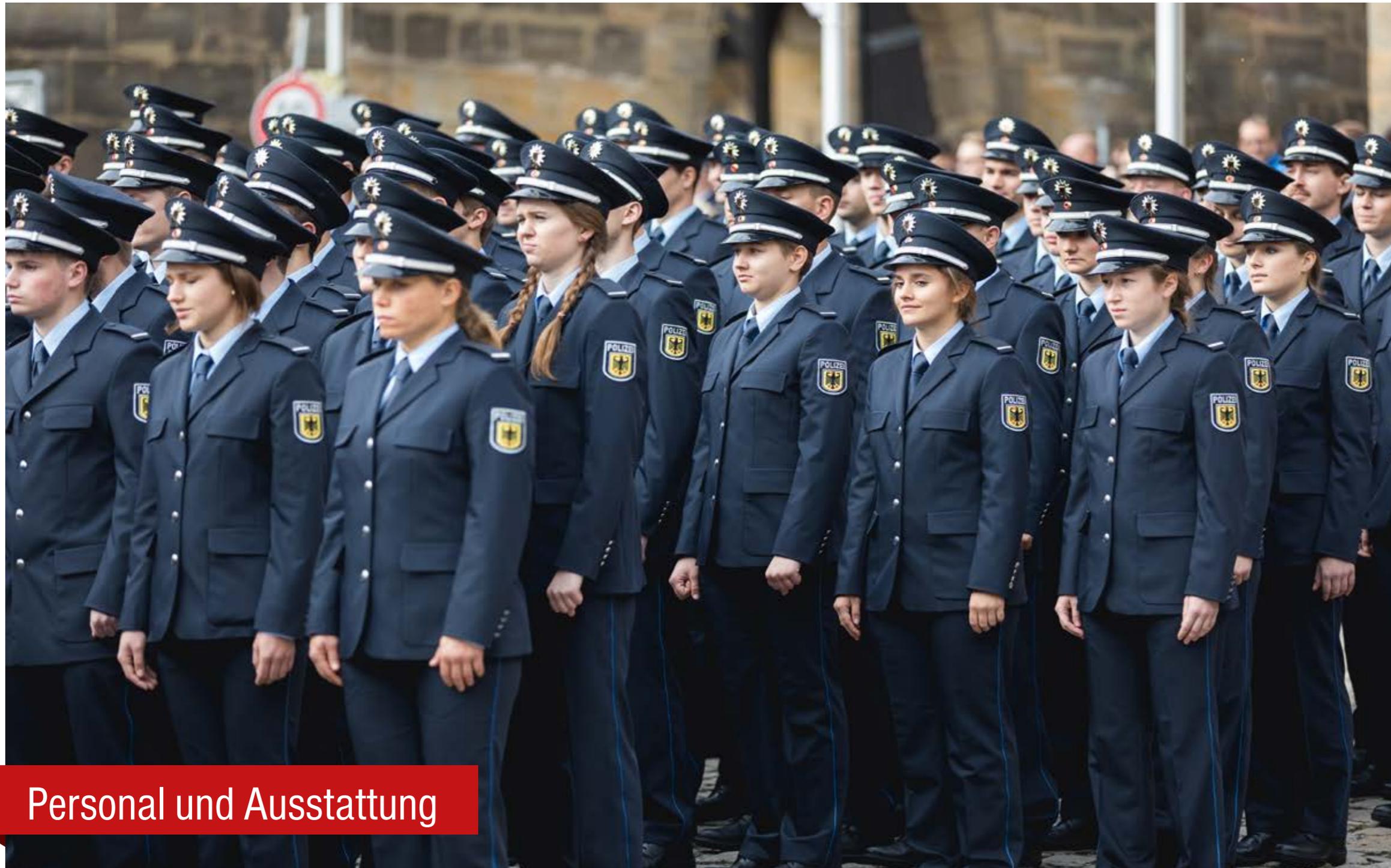
Am 16. November 2017 vollstreckten Beamte der Mobilen Fahndungseinheit (MFE) der Bundespolizeiinspektion Kriminalitätsbekämpfung Bexbach in Saarbrücken einen Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Weiden. Sie nahmen einen 50-jährigen Deutschen fest, der sich selbst als Reichsbürger bezeichnet. Er war Sportschütze mit Waffenaffinität, weshalb die Bundespolizisten auf ihre eigene Sicherheit während der Zugriffsobservation achten mussten. Als er am Einsatztag die Wohnung verließ, konnten MFE und uniformierte Einsatzkräfte der Bundespolizei unter Ausschluss von Eigen- und Fremdgefährdungen den Einsatz starten. Aufgrund des Überraschungsmoments leistete der Betroffene keinen Widerstand und wurde zur Verbüßung einer Haftstrafe in die Justizvollzugsanstalt Ottweiler eingeliefert.

Dezember 2017

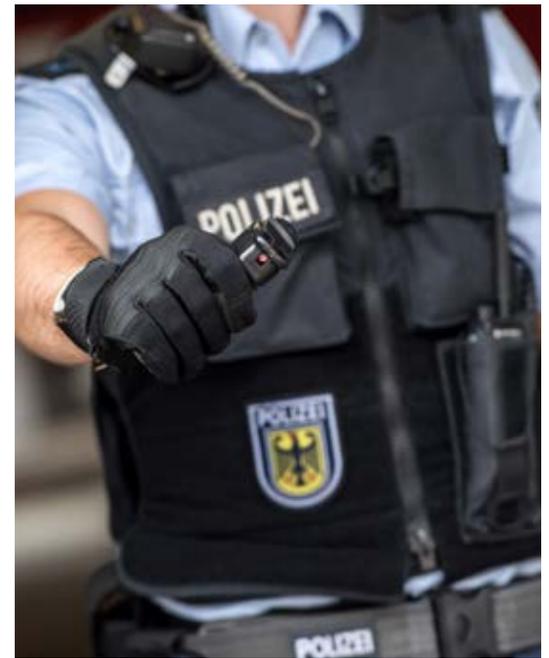
Hohe Strafen für Cybercrime

Durch Onlinebetrug entsteht der Deutschen Bahn AG jährlich ein Schaden im mittleren einstelligen Millionenbereich. Wenn das Unternehmen dem Bundespolizeipräsidentium Verdachtsfälle übermittelt – zum Beispiel von Onlinetickets, die auf betrügerische Art und Weise verkauft werden –, beginnt ein bundesweit geführtes Ermittlungsverfahren. Exemplarisch sei jenes genannt, bei dem gegen eine Person ermittelt wurde, die in mehrere Fälle von Onlinebetrug involviert sein sollte.

Die Ermittlungsbeamten orientierten sich an den bereits bekannten Vorgehensweisen dieser Täterklientel und stellten nach umfangreichen Ermittlungen, vornehmlich im Internet, einen Beschuldigten fest. Ihm konnten 1 600 betrügerische Buchungen nachgewiesen werden. Im Dezember 2017 wurde er zu einer Freiheitsstrafe in Höhe von 3 Jahren und 6 Monaten durch das Amtsgericht Berlin-Tiergarten verurteilt.



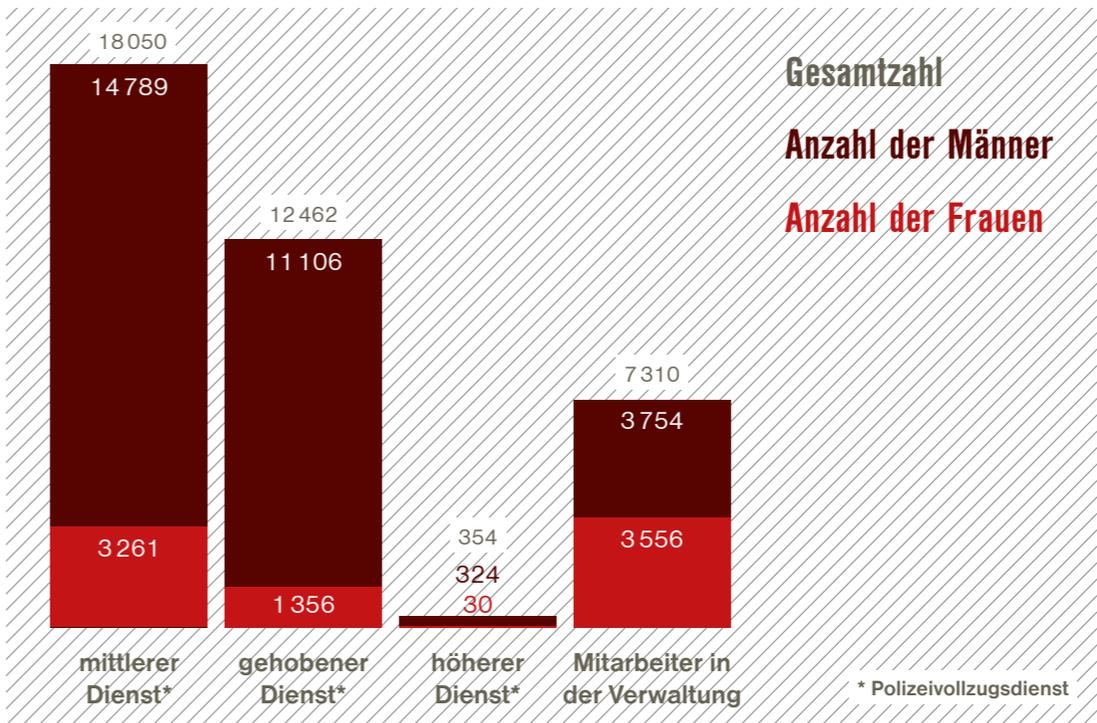
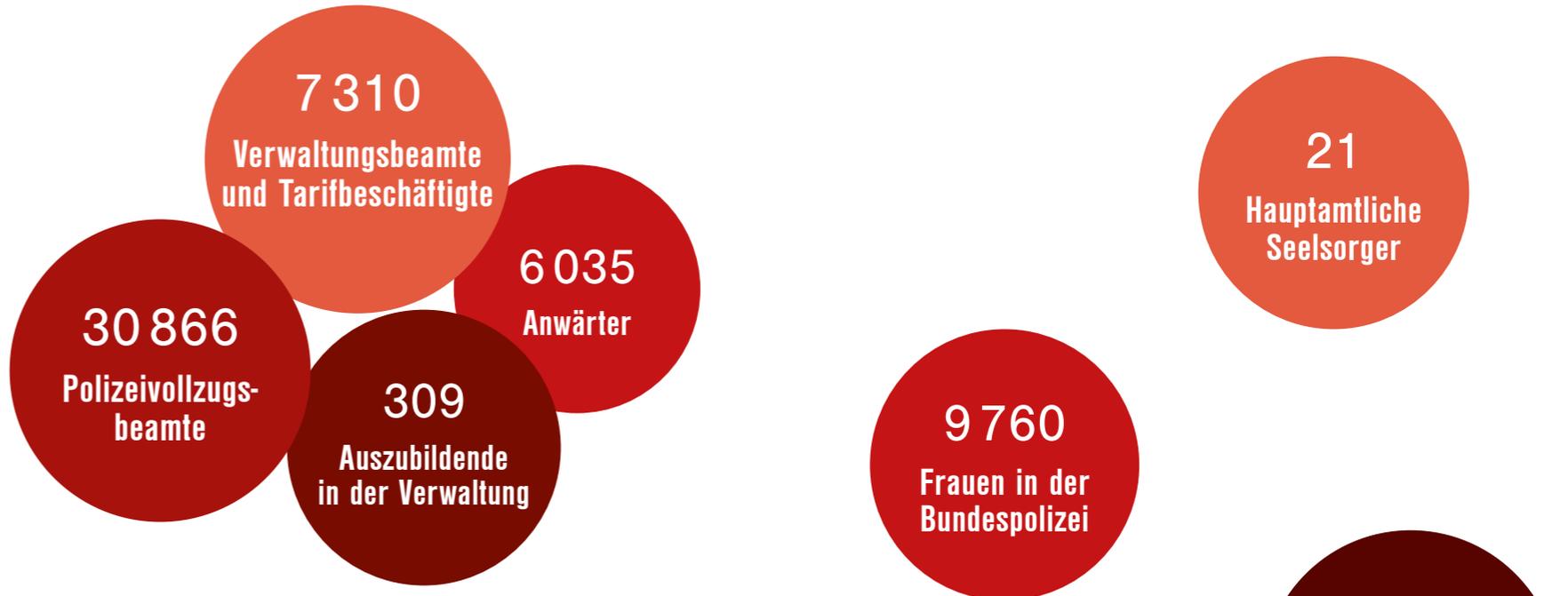
Personal und Ausstattung



Personal der Bundespolizei



44 520
Mitarbeiter



145
Angehörige der Bundespolizei-
orchester

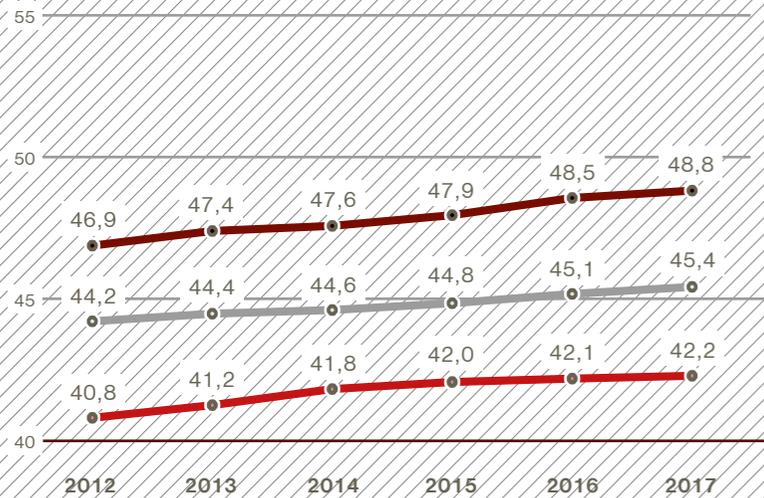
401
Ärztlicher und
Sicherheitstechni-
scher Dienst

Durchschnittsalter

Polizeivollzugsdienst

inklusive Tarifbeschäftigte im Polizeivollzugsdienst, ohne Anwärter und Auszubildende

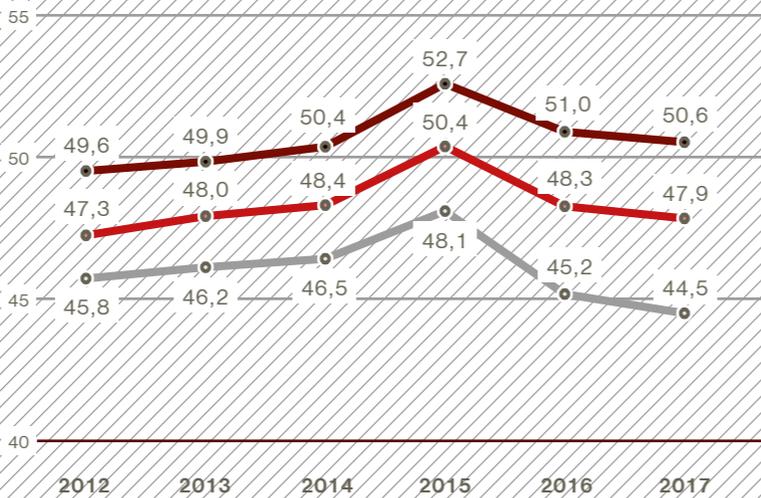
- höherer Dienst
- gehobener Dienst
- mittlerer Dienst



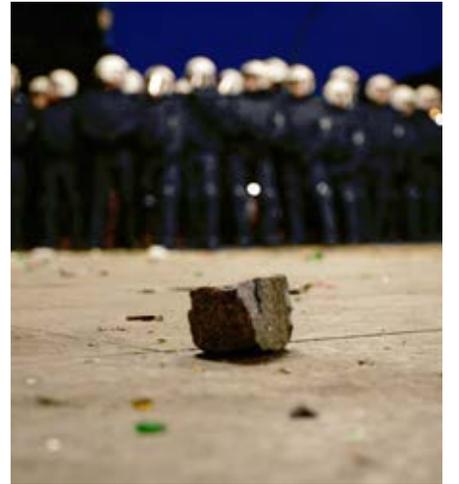
Verwaltungsdienst

ohne Tarifbeschäftigte

- höherer Dienst
- gehobener Dienst
- mittlerer Dienst

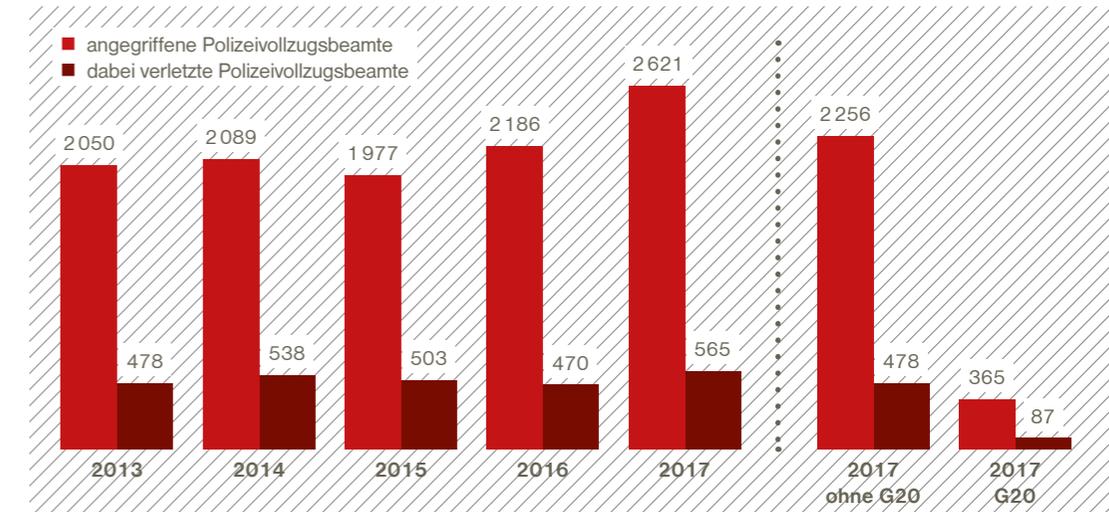


Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte

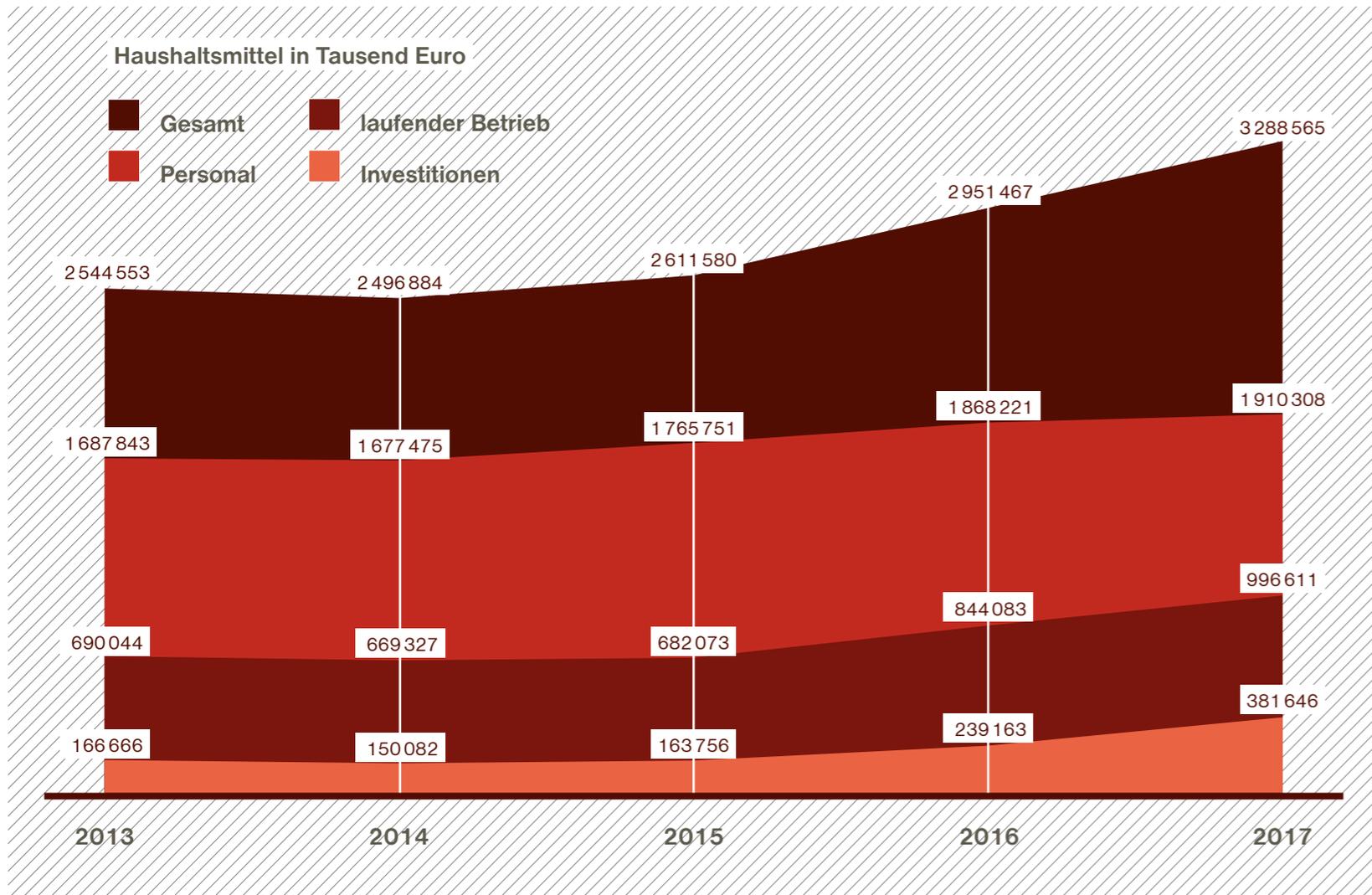


Der schwerwiegendste Einsatz hinsichtlich angegriffener Bundespolizeibeamter war der aus Anlass des G20-Gipfeltreffens im Juli in Hamburg. Die 365 Angriffe machen einen Anteil von 14 Prozent an der Gesamtanzahl aus. Meist aus großen Menschenmengen heraus wurden die eingesetzten Polizisten mit Steinen, Flaschen, Pyrotechnik und anderen Gegenständen beworfen.

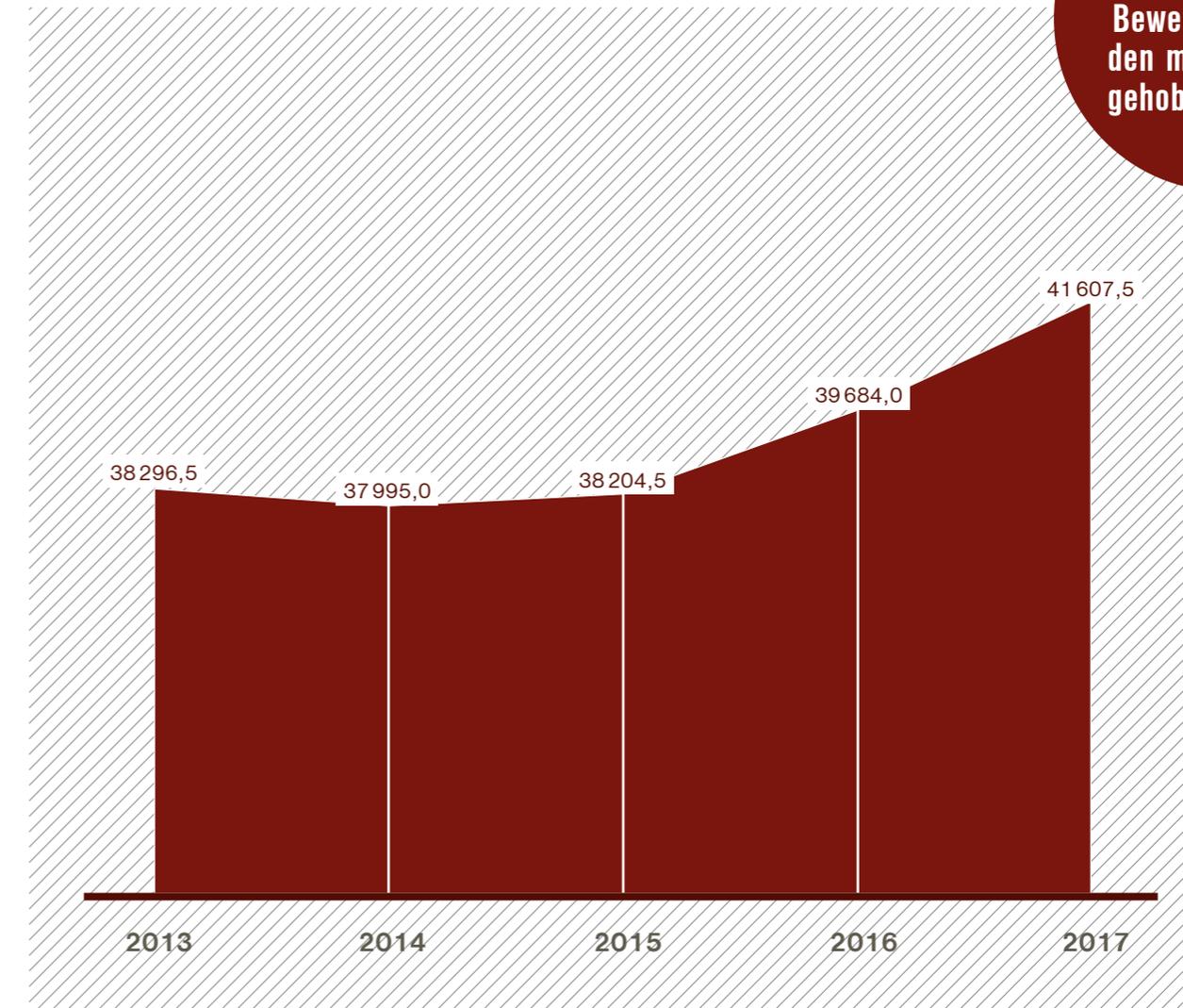
Ebenfalls wurden Bundespolizisten (274) besonders häufig bei Rückführungen angegriffen.



Haushalt



Planstellen



21 418
Bewerbungen für den mittleren und gehobenen Dienst

1 854 2016 **2 264** 2017

Anzahl der Auszubildenden

544 2016 **375** 2017

Anzahl der Studienanfänger

Laufbahn bei der Bundespolizei



Mittlerer Polizeivollzugsdienst

Grundausbildung
12 Monate

**Fachtheoretische und fachpraktische
Ausbildung inklusive 5 Monate Praktikum**
12 Monate

Laufbahnlehrgang
6 Monate

Gehobener Polizeivollzugsdienst

Basisausbildung
4 Monate

Grundstudium
6 Monate

Hauptstudium mit Praktika
26 Monate

Höherer Polizeivollzugsdienst

1. Studienjahr
12 Monate

2. Studienjahr
12 Monate

Spitzensport

Die Spitzensportförderung der Bundespolizei stattet Athleten mit einer vollumfänglichen Berufsausbildung zum Polizeivollzugsbeamten im mittleren Dienst während ihrer laufenden Karriere im Leistungssport aus. Die Ausbildung dauert insgesamt dreieinhalb Jahre. Sie sieht einen Wechsel zwischen der polizeifachlichen Ausbildung und der Trainings- und Wettkampfphase vor.

Auswahl, Ausbildung und Förderung der Spitzensportler gewährleisten die Bundespolizeisportschulen Bad Endorf und Kienbaum. Dort können bis zu 165 junge und hochtalentierte Sportler in 19 olympischen Sportarten gefördert werden.

Neben den allgemeinen Voraussetzungen für den Polizeivollzugsdienst müssen Bewerber einem Nationalmannschafts-Kader der Sportverbände angehören und nach einer individuellen Prognose das Potenzial besitzen, Höchstleistungen auf Weltniveau zu erzielen. Grundlage ist ein entsprechendes Eignungs- und Auswahlverfahren.

Seit 1978 haben mehr als 600 Spitzensportler in Wintersportarten bei der Bundespolizeisportschule in Bad Endorf (Oberbayern) und seit 1999 in Sommer- und Ganzjahressportarten in der Bundespolizeisportschule Kienbaum (Brandenburg) die Sportförderung in der Bundespolizei durchlaufen.

„Wenn es das duale System der Spitzensportförderung der Bundespolizei in Bad Endorf und Kienbaum nicht schon gäbe, müssten wir es gemeinsam neu erfinden“, sagte der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes, Alfons Hörmann, auf der Saisonabschlussfeier 2017 in Bad Endorf.



Führungs- und Einsatzmittel



80 210 147
gefahrere Kilometer



21 586
Flugstunden



174 895
gefahrere Seemeilen



2 232
Pkw



600
Fahrräder



4 389
Kleintransporter, Lkw,
Spezialfahrzeuge



4
Segways



15
Wasserwerfer



1
Schneemobil



6
Seeschiffe



5
Kontrollboote,
davon 2 im
Auslandseinsatz

3 Schiffe werden bis 2019 ersetzt



6
Einmotorige
Schulungs-
hubschrauber



23
Aufklärungs- und
Beobachtungs-
hubschrauber



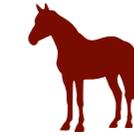
19
Leichte Transport-
hubschrauber



22
Mittlere Transport-
hubschrauber



16
Zivilschutz-
hubschrauber



24
Dienstpferde



460
Diensthunde





2,1 kg
Einsatzschutzhelm

3,5 kg
MP5 mit Magazin

7,5 kg
Überzieh-
schutzweste

0,9 kg
P30 mit Magazin

1,0 kg
Einsatzstiefel

| | |
|---|---|
|  | 36 840 P30 |
|  | 7 686 MP5 |
|  | 415 Sonderwaffen (G8) |
|  | 2 327 Überzieh- schutzwesten |
|  | 31 573 Unterzieh- schutzwesten |



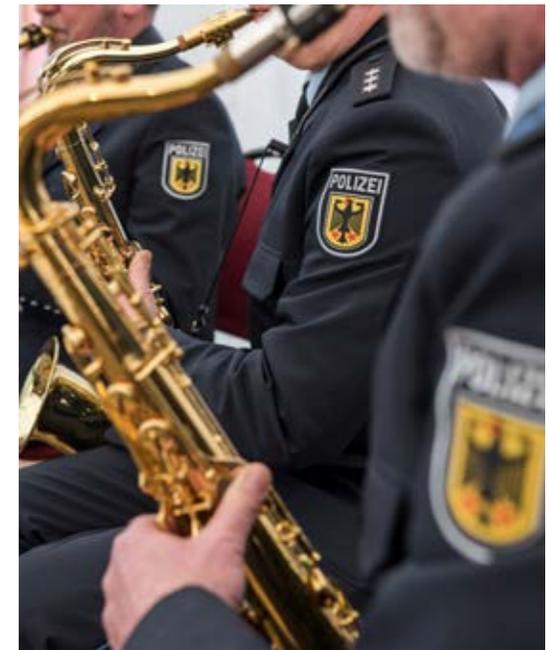
15 075 Stück
Hör-Sprech-Garnituren

Smartphones

15 075 Stück
Funkgeräte

197 Stück
Mobile Abfragegeräte

| | |
|---|--|
|  | 4 791 814 Funkgespräche gesamt |
|  | 41 085,5 h Gesamtzeit Funkgespräche |
|  | 96 037 090 Personenfah- dungsabfragen |
|  | 270 111 623 Sachfahdungs- abfragen |



Öffentlichkeitsarbeit

Nachwuchsgewinnung



2017 bewarben sich mehr als 21 000 junge Menschen für eine Ausbildung im mittleren und gehobenen Polizeivollzugsdienst bei der Bundespolizeiakademie. Damit konnte trotz sinkender Schulabgängerzahlen die Anzahl der Bewerbungen – allein etwa 5 000 in den letzten fünf Wochen des Bewerbungszeitraums – gehalten werden.

Diese Zahlen sind auch auf ein entsprechendes Kommunikationskonzept zurückzuführen sowie vor allem auf das Netz von 60 Einstellungsberatern an bundesweit 28 Standorten. Diese sind mit Vorträgen und Infoständen auf großen Messen, in Berufsinformationszentren und auf Schulveranstaltungen vertreten und beraten Interessierte persönlich in Einzelgesprächen, per E-Mail und am Telefon. Die Einstellungsberater haben 2017 insgesamt 2 785 Veranstaltungen durchgeführt.

Für die Karriere-Website www.komm-zur-bundespolizei.de konnte im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung der Besucherzahlen um 21,67 Prozent auf 1 521 505 Besucher verzeichnet werden. Im April und Mai sowie im November und Dezember führte die Schaltung von Außen- und Onlinewerbung zur Zunahme der Zugriffe. In Schwerpunktregionen wurden Infoscreens an Bahnhöfen bedient sowie Werbeplakate an Schulen und in Fitnessstudios platziert.

Neuer Imagefilm und Fotopaket

Ein neuer Imagefilm „Es gibt viele Gründe für die BUNDESPOLIZEI“ wurde im Sommer an sieben Standorten der Bundespolizei mit 21 Mitarbeitern als Protagonisten gedreht. Diese sprachen im Film über ihre Motivation, warum sie sich für einen Beruf und eine Verwendung in der Bundespolizei entschieden haben.

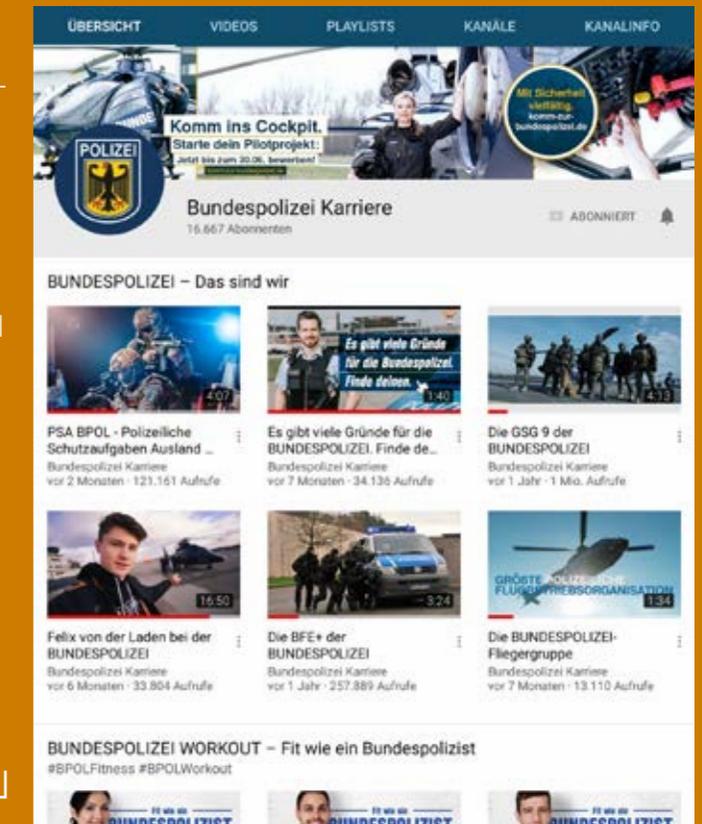
Fitnessstudio-Kooperation

Die Online-Serie „Fit wie ein Bundespolizist live“ hat den Sprung in die Fitnessstudios geschafft. Zwei der vier Bundespolizisten aus den Videos trainierten mit insgesamt 200 Teilnehmern in Bielefeld, Oberhausen und Dortmund. Fitness-Challenges, an denen Teilnehmer gegen die Bundespolizisten antreten und Preise gewinnen konnten, bildeten den Höhepunkt der Veranstaltungen.

Social Media

YouTube

2017 hat der YouTube-Kanal der Bundespolizei die 10 000-Abonnennten-Marke erreicht. Besonders viele Klicks erhielt der neue Imagefilm über die GSG 9 der Bundespolizei. Das Video hat bis Ende 2017 fast 1 Million Aufrufe verzeichnet. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die YouTuber-Kooperation mit Felix von der Laden. Der Kölner Influencer begleitete einen Tag lang den Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums Dieter Romann und lernte dabei verschiedene Einsatzbereiche der Bundespolizei kennen. Das Video des YouTubers erreichte auf seinem eigenen Kanal und dem Kanal der Bundespolizei bis Ende des Jahres in etwa 450 000 Aufrufe.



Instagram

Die Abonnentenzahl des Instagram-Accounts der Bundespolizei hat sich seit Januar 2017 von 10 000 auf 33 000 Abonnenten mehr als verdreifacht. Der Kanal wird damit als reichweitenstärkster offizieller Polizeikanal in Deutschland eingestuft. Mit dem neuen Story-Format auf Instagram gibt die Bundespolizei fast täglich kleine Einblicke in den Dienstalltag. Die teils kuriosen Schnappschüsse und kleinen Videoclips werden fortlaufend von 12 000 bis 16 000 Nutzern verfolgt und von vielen bewertet und kommentiert. Mit Direct Message können sich Nutzer mit Fragen rund um Bewerbung und Karriere direkt an das Redaktionsteam wenden. Sie werden in der Regel innerhalb eines Tages beantwortet.



Facebook

Die Facebookseite der Bundespolizei verzeichnete 2017 einen Zuwachs von 10 091 Fans. Insgesamt wuchs die Seite damit auf 72 682 Fans an. Die im Nebenamt tätige Redaktion steigerte die Gesamtanzahl der Beiträge um 74 auf insgesamt 230 Meldungen. Einen der Einträge zum G20-Gipfel verfolgten 1,6 Millionen Nutzer.

Auf Facebook konnten erneut in 94 Prozent der Fälle die Nachrichten innerhalb einer Stunde beantwortet werden.



Twitter

Alle Bundespolizeidirektionen und die Bundespolizeiakademie nutzten auch 2017 den Mikrobloggingdienst Twitter. Über den Hashtag #bpol konnten Tweets und Informationen aus dem dienstlichen Alltag recherchiert werden.

Twitter G20
Während des G20-Einsatzes wurde auf dem Kanal der Bundespolizeidirektion Nord getwittert. Die Followerzahlen stiegen kontinuierlich vom ersten Einsatztag. Der größte Zuwachs wurde in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli ver-

bucht, als in Hamburg der Ausnahmezustand herrschte. Dieser Ausnahmezustand war auch an den Kommentaren und Nachrichten erkennbar, die auf dem Kanal @bpol_nord eingingen. Die Beamten sind mit dem Community Management nicht hinterhergekommen. An den Folgetagen erreichte das Team viele Kommentare, in denen die Bürger der Stadt ihren Respekt und ihre Anerkennung für die Bundespolizeibeamten zollten. Viele Follower bedankten sich für deren Einsatz. Die Tweets haben es bis in die Live-Nachrichten vom Sender N24 geschafft.



Orchester

Die drei Orchester der Bundespolizei sind deren Sympathie- und Werbeträger und damit wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit.

Sie verfügen über ein umfangreiches Repertoire. Dazu gehören Originalkompositionen der symphonischen Blasmusik, Konzertmärsche, Musical- und Operettenbearbeitungen, Ouvertüren und Opernmelodien, Swing-Musik im Big-Band-Sound, Filmmusik, Rock-Pop sowie volkstümliche Musik.

Die Vielseitigkeit der Bundespolizei-Orchester zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die Musiker auch in diversen Klein- und Kammermusik-Besetzungen auftreten.

Viele Rundfunk- und Fernsehaufnahmen unterstreichen die Popularität der Bundespolizei-Orchester.

Die Orchester sind in Berlin, Hannover und München beheimatet.

Die Bundespolizei-Orchester werden überwiegend zur Umrahmung dienstlicher Veranstaltungen eingesetzt wie Vereidigungen, Behörden- und Dienststellenleiterwechsel, Tage der offenen Tür oder in der Nachwuchsgewinnung. Sie gestalten Benefizkonzerte zugunsten der

Polizeistiftung des Bundes für die Bundespolizei sowie in Einzelfällen für unverschuldet in Not geratene Bundespolizeiangehörige und deren Hinterbliebene. Vereinzelt spielen die Orchester auch bei Veranstaltungen fremder Ausrichter.

Ein Bundespolizei-Orchester hat die musikalische Ausrichtung eines sinfonischen Blasorchesters und besteht aus 46 Mitgliedern inklusive des Dirigenten. Die sinfonische Besetzung ist um einige Klangfarben gegenüber eines klassischen Blasorchesters bereichert. Neben Flöten, Klarinetten, Saxophonen, Trompeten, Hörnern, Posaunen tragen auch Fagotte und Bassklarinetten zum Klangkörper bei. Die Rhythmusgruppe, bestehend aus Schlagzeug und Perkussionsinstrumenten, rundet die Vielfalt der Instrumente ab.

Neben den Auftritten des Gesamtorchesters sind auch diverse Kleinspielbesetzungen möglich: Big Band, Blasmusikformation, Holzbläserquintett, Blechbläserquintett, Klarinettenquartett, Hornquartett, Jazz Combo, Saxophonquintett, Egerländer.

343
Konzerte



davon 58
Benefizkonzerte

213910 €
Erlös für wohltätige
Stiftungen/Institutionen



Mitarbeiterzeitschrift

Auch 2017 hat die Mitarbeiterzeitschrift „Bundespolizei kompakt“ in sechs Ausgaben über Themen berichtet, die sowohl Polizeivollzugsbeamte als auch in der Verwaltung Beschäftigte interessierten. Den Schwerpunkt bildeten bundespolizeiliche Themen: Der G20-Gipfel in Hamburg war ebenso beschrieben wie die neuen Einsatzschiffe oder das leicht gepanzerte Aufklärungsfahrzeug Eagle IV. Und auch der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière kam im Interview zu Wort. Für alle Beiträge galt das Motto: „Von Mitarbeitern für Mitarbeiter!“ Die Redakteure, alle im Nebenamt tätig, kommen aus den unterschiedlichsten Dienststellen und Verwendungen. Die Zeitschrift erscheint in einer Auflage von 11 000 Printexemplaren und ist online abrufbar.



Register

| | |
|------------|--|
| AA | Auswärtiges Amt |
| ADAC | Allgemeiner Deutscher Automobil-Club e. V. |
| Ast VISA | Auskunftsstelle VISA |
| BPOLABT | Bundespolizeiabteilung |
| BPOLAFZ | Bundespolizei- und -fortbildungszentrum |
| BPOLAST | Bundespolizei- und -fortbildungsstätte |
| BPOLD | Bundespolizeidirektion |
| BPOLFLS | Bundespolizei-Fliegerstaffel |
| BPoIG | Bundespolizeigesetz |
| BPOLI | Bundespolizeiinspektion |
| BPOLSPSCH | Bundespolizeisportschule |
| BPOLTZK | Bundespolizeitrainingszentrum Kühroinhaus |
| BSL BPOL | Besondere Schutzaufgaben Luftverkehr der Bundespolizei |
| CERT BPOL | Computer Emergency Response Team der Bundespolizei |
| DB AG | Deutsche Bahn AG |
| DVB | Dokumenten- und Visumberater |
| ED | Erkennungsdienst |
| EEU BPOL | Einsatz- und Ermittlungsunterstützung der Bundespolizei |
| EU | Europäische Union |
| GPPT | German Police Project Team (Deutsches Projektteam in Afghanistan) |
| GSG 9 BPOL | GSG 9 der Bundespolizei |
| GStA | Generalstaatsanwaltschaft |
| GUA | Grenzpolizeiliche Unterstützungsbeamte Ausland |
| GZ | Gemeinsames Zentrum |
| KB | Kriminalitätsbekämpfung |
| MEFG | Maritime Ermittlungs- und Fahndungsgruppe |
| MFE | Mobile Fahndungseinheit |
| MINUSMA | United Nations Multidimensional Integrated Stabilization Mission in Mali |
| MKÜ | Mobile Kontroll- und Überwachungseinheit |
| OK | Organisierte Kriminalität |
| OWi | Ordnungswidrigkeit |
| PES | Polizeiliche Eingangsstatistik |
| PSA BPOL | Polizeiliche Schutzaufgaben Ausland der Bundespolizei |
| ZBS | Zentrale Bußgeldstelle |

Impressum

Herausgeber

Bundespolizeipräsidium
 Stabsstelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Heinrich-Mann-Allee 103
 14473 Potsdam
 Tel +49 331 97 997 9410
 Fax +49 331 97 997 9321
 presse@polizei.bund.de
 www.bundespolizei.de
 V. i. S. d. P.: Ivo Priebe

Redaktion

Helvi Abs

Mitarbeit

Enrico Thomschke, Sebastian Grafe, Alexandra Stolze
 sowie Angehörige zahlreicher Dienststellen der
 Bundespolizei

Layout & Satz

Barbara Blohm
 Fachinformations- und Medienstelle der Bundespolizei

Lektorat

Andreas Eschen, Berlin

Bildnachweis:

Alle Bilder Bundespolizei, außer:
 S. 42 Polizeiliche Kriminalprävention der Länder
 und des Bundes; S. 59 picture alliance/dpa, Bild in
 Farbe bearbeitet; S. 64 (oben) www.pr-bild.de;
 S. 64/65 RONALD VERCH; S. 65 (unten) GEPA
 pictures/Matthias Hauer; alle Icons von Flaticon

Alle Rechte vorbehalten. Jede Form der
 Vervielfältigung bedarf der vorherigen
 schriftlichen Genehmigung durch den
 Herausgeber.

Druck

Firma Appel & Klinger
 Druck und Medien GmbH
 96277 Schneckenlohe
 1. Auflage

